Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30.— Mk. Durch die Post monatl. 30.— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 43. Fritz Kraß, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Sonnabend, den 22. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 169**

Der Kampf der Kontrollausschüsse

Der Kontrollausschuß Wittenberg gegen die monarchistische Wühlarbeit

(Eigene Drahtmeldung.)

Wittenberg, 22. Juli.

Der hiesige Kontrollausschuß sah sich genötigt, folgenden Brief an das Landratsamt zu schreiben:

Kontrollausschuß Wittenberg. Wittenberg, den 18. Juli 1922.

An das Landratsamt
des Kreises Wittenberg.

Der Wittenberger Kontrollausschuß, der vom ADGB. und den drei Arbeiterparteien und dem Afa-Bund ins Leben gerufen wurde, macht sich zur Pflicht, die Regierung im Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen. Infolgedessen haben die Organe des Kontrollausschusses ein wachsames Auge auf alles, was sich in der Oeffentlichkeit und im Geheimen abspielt. Sei es auf den Bureaus der örtlichen Behörden, oder außerhalb derselben. Wir erlauben uns die Aufmerksamkeit des Herrn Landrats auf folgendes zu lenken: Sonntag, den 16. Juli d. J., fand in Pretzsch ein sog. „Heimatfest" statt. Anläßlich dieses **nationalistischen Rummels prangten alle öffentlichen Gebäude im Schmucke der schwarzweißroten Fahne.** Die Arbeiterschaft und alle republikanisch gesinnten Bürger empfanden diese Tatsache als einen **offenen Hohn auf die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten** zum Schutze der Republik. Als eine Abordnung die Beseitigung dieser Provokation bei dem dortigen Bürgermeister nachsuchen wollte, wurde sie nicht empfangen. Dazu kamen noch Provokationen seitens der Festteilnehmer gegenüber der Arbeiterschaft. **Ein Polizeibeamter namens Heinrich aus Berlin, schlug sogar einen Arbeiter.** Der dortige Landjäger, der einschreiten sollte, äußerte sich, **wir befänden uns ja in einer freien Republik, wo jeder machen könne, was er wolle.** Aus all diesen Gründen stieg die Erregung der Arbeiterschaft ungeheuer und ist es nur der besonnenen Haltung der Vertrauensleute derselben zuzuschreiben, daß nicht größere Zusammenstöße zu verzeichnen sind. Wir fordern den Landrat des Kreises Wittenberg auf, den Bürgermeister Kuhnert dahingehend zu belehren, daß die Farben des Reiches andere sind, als die er anläßlich dieses Festes auf den öffentlichen Gebäuden zu hissen geruhte. Ferner daß er als Oberhaupt der Gemeinde Abordnungen von Arbeitern gegenüber mehr Höflichkeit und Anstand entgegenbringt. Wir erwarten Nachricht darüber, was seitens des Landratsamtes als Aufsichtsbehörde in diesem Falle geschehen ist.

Laut Verfügung des Herrn Ministers des Innern ist der „Stahlhelmbund" aufgelöst und gehört zu den verbotenen Organisationen. Wir haben beobachtet, **daß der Stahlhelm trotzdem fidel weiter tagt und sich um die Verordnung der Regierung nicht im geringsten kümmert.** Da dem Stahlhelmbund in Wittenberg selbst anscheinend der Boden zu heiß geworden ist, konnten wir feststellen, daß der Stahlhelm in letzter Zeit seine **Zusammenkünfte unter einem Deckmantel (Kegelklub Sandow), der nur für die Behörden den Schein der Harmlosigkeit besitzt,** in der Umgegend abhält. Wir ersuchen höflichst, die Landgemeinden des Kreises auf dieses Treiben aufmerksam zu machen. Es liegt nur an den Behörden, wenn Zusammenstöße zwischen republikanisch gesinnten Bürgern und Arbeitern und den reaktionären Organisationen vermieden werden. Tun die Behörden ihre Pflicht, dann haben erstere keinen Anlaß, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Kontrollausschuß. Rogg, Vors.,
Mitglied des Preußischen Landtages.

*

Das Remscheider Stadtverordnetenparlament gegen die Reaktion

(Eigene Drahtmeldung.)

Remscheid, 21. Juli.

Anfang dieser Woche wurden die von den Massenversammlungen gefaßten Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung in Remscheid behandelt. Die auf dem „Boden der gegebenen Tatsachen" hin und her zappelnden demokratisch-deutschvölkisch durchsetzten bürgerlichen Parteien krümmten sich vor Verzweiflung. Aber alle Manöver nutzten ihnen nichts! Mit den Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und eines Teiles der Rechtssozialisten wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht ihren tiefsten **Abscheu über die von Mörderorganisationen vorbereitete feige Mordtat** an dem Minister Dr. Rathenau aus. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung steht. Sie ist ferner gewillt, allen Bestrebungen, welche die Republik gefährden können, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Es ist daher unerläßlich, daß jeder Beamte, der durch Tätigkeit in Wort oder Schrift für die Monarchie tätig ist, als **Gegner der Republik ohne weiteres zu entlassen ist.**

Versammlung verlangt von der Verwaltung:

Dem von den Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien **eingesetzten Kontrollausschuß ist weitgehendste Unterstützung entgegenzubringen.**

Dem Kontrollausschuß ist für seine Arbeiten und eventuelle Beratungen **ein Zimmer zur Verfügung zu stellen.** Beamte und Angestellte, die bezichtigt werden, im monarchistischen Sinne gegen die Republik zu wirken, haben auf Verlangen **dem Kontrollausschuß Auskunft zu geben.**

Die Untersuchungsergebnisse und sonstigen Feststellungen des Kontrollausschusses sind nur in Verbindung mit der Verwaltung behufs Verfolgung zu erledigen."

Mit denselben Stimmen wurde die Umbenennung der Straßen beschlossen. Es wurden umgetauft: Bismarckstraße in Birgderkamper Straße, Hindenburgstraße in Neuscheider Straße, Königstraße in August-Bebel-Straße, Kronprinzenstraße in Schlachthofstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße in Friedrich-Engels-Straße, Sedanstraße in Karl-Marx-Straße, Bismarckpark in Volkspark, Bismarckturm in Parkturm.

*

Kontrollausschuß zum Schutz der Republik

(Eigene Drahtmeldung.)

Düsseldorf, 21. Juli.

Für Düsseldorf hat sich ein örtlicher Kontrollausschuß gebildet und seine Arbeiten aufgenommen. In ihm sind folgende Organisationen und Körperschaften vertreten: Sozialdemokratische Partei, Unabhängige sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Düsseldorf, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Betriebsrätezentrale.

Seine Aufgaben sind:

Abwehr reaktionärer Anschläge auf die politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, Feststellung von Handlungen oder Vorbereitungen gegen die Republik, Kontrolle der Machenschaften von monarchistischen Beamten und Sicherung der revolutionären Errungenschaften. Sie bewegen sich im Rahmen der in gemeinsamen Beratungen der obengenannten Körperschaften festgelegten

Mindestforderungen:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen Kundgebung in Wort und Bild.

Verbot aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes.

Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin. Schaffung einer Reichsexekutive.

Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung der Vermögen der Verurteilten sowie ihrer Pensionen und sonstigen Bezüge. Vom Reichstag erwarten wir, daß er nicht früher auseinandergeht, bis das Gesetz in Kraft getreten ist.

Sofortige Amnestie im Reiche für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten, mit Ausnahme derjenigen, die sich im Rahmen der vorstehenden Forderungen vergangen haben.

Amnestie für alle aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen. Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und auch mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, deren Durchführung zu unterstützen.

Dem Kontrollausschuß wird von den beteiligten Organisationen Material unterbreitet, das sich auf obengenannte Forderungen und Aufgaben bezieht. Im engsten Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien und ihren Gemeindevertretungen, sowie mit den freigewerkschaftlichen Organisationen und Betriebsräten sollen die erforderlichen Maßnahmen beraten und vorbereitet werden.

Die Gesinnungsgenossen werden aufgefordert, ihre Erfahrungen und Beobachtungen bezüglich reaktionärer Umtriebe jeglicher Art sofort ihren zuständigen Organisationen zu melden.

*

Während SPD. und USPD. in Düsseldorf ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den Kommunisten im Kontrollausschuß praktische Arbeit zu leisten, hat das Elberfelder SPD.-Organ, die „Freie Presse", den traurigen Mut, seinen Arbeiterlesern folgende freche Verhöhnung dieser von ihren eigenen Genossen mitgeschaffenen wirksamsten Einrichtung zum Schutze der Republik und der revolutionären Errungenschaften zu bringen:

„Die glückliche Geburt eines neuen Kontrollausschusses in Düsseldorf

zeigt die kommunistische „Rote Fahne" in Berlin in ihrer Sonntagnummer unter der Ueberschrift: „Die Einheitsfront im Rheinlande" hocherfreut der Oeffentlichkeit an. Die unabhängigen und mehrheitssozialistischen Blätter begnügen sich mit überaus anmutig wirkenden politischen Glimmzügen um die etwas unzeitgemäße Vaterschaft. Wie wir über derartige politische Kindereien denken, mögen unsere Leser im lokalen Teil nachlesen, wo wir eine kurze aber treffende Ausführung des „Vorwärts" über Kontrollausschüsse mit den Kommunisten usw. bringen.

Wir wünschen dem jüngsten Düsseldorfer fröhliches Gedeihen. Möge ihm die Erde bald leicht werden. Den Vätern resp. Müttern wünschen wir aber von Herzen baldige Besserung."

Die „trefflichen Ausführungen" des „Vorwärts" läßt die „Freie Presse" in Fettdruck folgen. Wir glauben, daß wir uns zu dieser Leistung eines rechtssozialistischen Agenten der kapitalistischen Regierung jeglichen Kommentar sparen dürfen. Die Arbeiter mögen selbst ihr Urteil über solche Schützer der Republik fällen.

Moratorium, Anleihe und Sachwerterfassung

Der Reichstag ist, nachdem er mit Mühe und Not, unter Paktieren und Kuhhandel die Gesetze „zum Schutz der Republik" mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte, auseinandergegangen, ohne zu den neuen Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen. Er hat es versäumt, über die neuen einschneidenden Forderungen der Reparationskommission zu beraten und hat Beratung und Entscheidung dem Auswärtigen Ausschuß überlassen.

Der Auswärtige Ausschuß hat tatsächlich die Reparationsverpflichtungen und die Forderungen der Reparationskommission debattiert, aber er hat keine Entscheidung zu fällen gehabt. Als der Auswärtige Ausschuß mit seinen Beratungen begann, da waren schon feste, bindende Abmachungen mit der Reparationskommission getroffen. Die Regierung Wirth, die beabsichtigt, ihre bisherige Erfüllungspolitik auf Kosten der Arbeiterschaft fortzusetzen, hat der Reparationskommission Maßnahmen zugebilligt, die einer vollkommenen Finanzkontrolle über Deutschland gleichkommen. Die deutsche Regierung hat selbständig, ohne den Reichstag oder den Auswärtigen Ausschuß zu fragen, ein weiteres Stück der Unabhängigkeit Deutschlands preisgegeben. Die USPD. und SPD. überließen es Stresemann, dieses Vorgehen der Regierung anzugreifen. Sie selber verteidigten Wirth und Hermes.

Die deutsche Regierung hat diese Zugeständnisse an die Reparationskommission gemacht, ohne irgendwelche Gegenleistungen dafür aufweisen zu können. Wie immer, kann sie nur auf Versprechungen und nicht auf Gegenverpflichtungen hinweisen. Als die deutsche Regierung diese Zugeständnisse machte, da wurde viel von einem zweijährigen Moratorium gesprochen; es wurde der Anschein erweckt, als ob dieses zweijährige Moratorium die Gegenleistung für das Entgegenkommen der deutschen Regierung darstellen sollte. Aber schon wenige Tage später wollte die Reparationskommission, nach den Pressemitteilungen, nur vorläufig „versuchsweise" ein drei- bis sechsmonatliches Moratorium gewähren und erst knapp vor Ablauf dieses Moratoriums über ein längeres, zweijähriges, verhandeln. Wenige Stunden später spricht Poincaré sogar nur von einem vier- bis fünfwöchentlichem Moratorium.

Dagegen wird versucht, die Frage der Gewährung einer Auslandsanleihe an Deutschland wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen. Es wird viel über die Wiedereinberufung des Morgan-Bankierkomitees berichtet. Die deutsche Bourgeoisie sagt klar und unumwunden, daß sie der Finanzkontrolle über Deutschland zustimmt. Sie argumentiert, daß ein Moratorium ohne Finanzkontrolle nicht zu erreichen ist und daß das Moratorium die Voraussetzung einer Anleihe bedeutet. Sie wiegt sich in der Hoffnung, daß die Finanzkontrolle auf die Zeit des Moratoriums beschränkt bleiben und bei Gewährung der Auslandsanleihe aufgehoben wird. Schon diese letzte Hoffnung ist eine große Täuschung, denn nur unter Garantien und Kontrolle wird eine Anleihe gewährt werden.

Aber bedeutet überhaupt eine Anleihe Rettung und Besserung? Die Anleihe wird, im Falle der Gewährung dazu dienen, um die Goldzahlungen Deutschlands an die Entente zu übernehmen. Außer diesen Barzahlungen hat aber Deutschland noch andere große Verpflichtungen zu leisten. Deutschland muß jährlich für 1400 Millionen Goldmark Sachleistungen aufbringen, muß für die Besetzung des Rheinlandes, für die Kontroll-Reparations- und Restitutions-Kommissionen die Kosten bezahlen, muß Zahlungen im Ausgleichsverfahren nach dem Entschädigungsgesetz leisten, und muß die Kohlentribute abliefern. Diese Zahlungen und Lieferungen erfordern bei dem heutigen Stand der Mark etwa 300 Milliarden Papiermark. Der Reichshaushalt sieht für die Ausführung des Friedensvertrags, einschließlich der Barzahlungen nur 188 Milliarden Mark vor. Die Markentwertung hat ein ungeheures Anschwellen der Schuldsumme mit sich gebracht. Während die Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes im Mai 1921 28 Milliarden Papiermark erforderten, waren es im März 1922 51,4 Milliarden und im Juni 80 Milliarden.

Den Erfordernissen, die auch im Falle einer Anleihe 300 Milliarden Papiermark betragen, stehen Reichseinnahmen von etwa 120 Milliarden Papiermark gegenüber. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, den Banknotenumlauf und die schwebende Schuld nicht zu vergrößern, sondern die Ausgaben durch Einnahmen zu decken. Die Steuerbelastung ist aber in Deutschland und nicht, wie fälschlich behauptet wird, in Frankreich, am größten. Die Regierung Wirth, die deutsche Bourgeoisie, die Koalitionssozialisten werden gewiß bereit sein, die Lasten der Arbeiterschaft zu erhöhen und zu versuchen, den Fehlbetrag aus der Arbeiterschaft herauszuschinden. Aber bei allem Willen gibt es eine Grenze der Belastungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0001

fähigkeit, über die nicht hinausgegangen werden kann. Auch bei Vergrößerung der Ausbeutung, auch bei Wachsen der Verelendung des deutschen Proletariats ist es doch unmöglich, die notwendigen Summen aus der Arbeiterschaft herauszubringen. Diese Beträge müssen aber aufgebracht werden. Soll das Kapital belastet werden? Es wird sich dagegen mit aller Macht stemmen.

Was soll nun geschehen? Die Arbeiterschaft kann auch bei größtem Elend die nötigen Summen nicht aufbringen, das deutsche Kapital kann beim Fortbestand der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht über eine gewisse, bis jetzt freilich noch lange nicht erreichte Grenze, belastet werden. Aus diesen Schwierigkeiten gibt es nur einen Ausweg, der es möglich macht, die vollkommene Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Kapital und die Herbeiführung öfterreichischer Verhältnisse zu verhindern. Dieser Weg ist die Sachwerterfassung.

Die Sachwerterfassung, die die Beteiligung des Staates an der Industrie und den Großbetrieben der Landwirtschaft darstellt, die aber nicht nach den Plänen von Robert Schmidt, nach der Einschätzung der Kapitalisten selbst durchgeführt werden darf, sondern muß die Zusammenfassung, Vereinheitlichung und Nationalisierung der Betriebe gewährleisten. Die Sachwerterfassung darf nicht als eine rein finanzielle Angelegenheit aufgefaßt werden, die nur dem Staat gewisse Summen abwerfen soll und was dazu führen würde, daß die Unternehmungen durch Extraprofite und durch verstärkte Ausbeutung diese Beträge wieder hereinzubringen versuchen würden, sondern sie muß die Produktion, vor allem die Rohstoffproduktion und die Produktion der Landwirtschaft heben und dadurch die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich verbessern.

Die Sachwerterfassung allein ist imstande, die weitere Verelendung der deutschen Arbeiterschaft und den vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft aufzuhalten. Sie ist für die Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiet genau so notwendig, wie auf politischem die Durchsetzung der Mindestforderungen des Berliner Abkommens. Aber diese beiden Sicherungen sind nicht zu erreichen durch parlamentarischen Kuhhandel, sind nicht zu erreichen bei Fortdauer der Koalition mit bürgerlichen Parteien, sondern nur im schärfsten Kampf und bei Einsetzung der gesamten Macht der deutschen Arbeiterschaft.

Die deutsche Ententekolonie

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 22. Juli.

Die deutsche Regierung hat bisher versucht, die Zugeständnisse, die sie in der Reparationskommission gemacht hat, als wenig schwerwiegend und keinesfalls gleichkommend mit der Aufgabe der Finanzhoheit Deutschlands hinzustellen. Sie hat sich aber wohlweislich gehütet, genaue Angaben zu machen oder das Memorandum des Parantiekomitees zu veröffentlichen. Gegen ihren Willen wird aber dieses Memorandum in der gestrigen Abendnummer der „Kreuzzeitung" bekanntgegeben.

Aus diesem Memorandum, das wir im Auszug folgen lassen, geht klar und unzweideutig hervor, daß das Ende der deutschen Finanzhoheit gekommen ist. Die Kontrolle und die Auskunftsrechte des Garantiekomitees sind so weitgehend, daß das Komitee die gesamte Finanzwirtschaft beherrscht, über den Haushaltungsplan, über die Steuermaßnahmen und über alle anderen finanziellen Maßnahmen der Regierung bestimmen kann. Es ist zwar in den Bestimmungen kein direktes Einspruchs- oder Verbotsrecht vorhanden, aber in Wirklichkeit kann doch das Garantiekomitee die deutsche Regierung zwingen, das zu tun, was das Komitee und die Reparationskommission wünschen.

Der Inhalt des Memorandums

Das Memorandum zerfällt in drei große Abschnitte. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Nachprüfung. Ueber die Einnahmen und Ausgaben wird gesagt, daß dem Reichsfinanzministerium zwei Vertreter des Garantiekomitees beigegeben werden, von denen der eine sich mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben zu beschäftigen hat. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, unaufgefordert diesen Delegierten den Entwurf des Haushaltplan für das nächste Jahr und zugleich mit der Vorlage vor dem Reichsrat alle Gesetzentwürfe fiskalischer Art, jeden Antrag auf einen Nachtragskredit, jede Entscheidung des Reichsfinanzministers über Kredite, die einem Ministerium bewilligt wurden, vorzulegen. Ebenso müssen den Delegierten zugehen: Abschriften der monatlichen Kassenabschlüsse, die jede Zentralbehörde dem Reichsfinanzministerium einreicht und in welchen der Betrag der Ausgaben in diesem Monat und der Betrag der Ausgaben im gesamten laufenden Rechnungsjahr gemacht werden müssen. Die Delegierten müssen erhalten: Mitteilungen über die vom Erspariskommissar erzielten Ergebnisse; Abschrift der Verordnungen über das Verfahren der Veranlagung und der Erhebung irgendeiner Steuer.

Die Delegierten sind berechtigt, Auskünfte, die für das Komitee zur Beurteilung der Steuerprojekte, der Veranlagung der Steuerbeträge, der Veranlagung der Ausgaben nach dem Haushaltsentwurf notwendig sind, zu sammeln. Die Delegierten haben außerdem das Recht, festzustellen, ob nicht ohne besondere Genehmigung der zuständigen Stelle eine Zahlung erfolgt ist, die über den vorgesehenen Haushaltungsplan hinausgeht, ob die Verbuchung richtig erfolgt ist, warum Verzögerungen bei Erhebung der Steuern vorgekommen sind.

Die deutsche Regierung richtet einen Inspektionsdienst über die lokalen Finanz- und Steuerbehörden ein. Die Delegierten können diese Inspektoren auf ihren Inspektionsreisen begleiten. Der Nachprüfungsdienst soll am 1. November in Tätigkeit treten.

Schwebende Schuld

Das Garantiekomitee hat das Recht, alle Maßnahmen zu treffen, um jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld feststellen zu können. Ein Delegierter wird mit dieser Aufgabe betraut. Das Reichsfinanzministerium muß diesen Delegierten Aufstellungen über die staatlichen Ausgaben und Einnahmen übersenden.

Außerdem muß das Reichsfinanzministerium als Ergänzung der zehntägigen Schuld Mitteilungen über die Zusammensetzung, über den Zinsfuß, über die Währung und Umlaufszeit machen.

Unterdrückung der Kapitalflucht

In Fortsetzung der Zusagen, die die deutsche Regierung in ihrer Note vom 28. Mai 1922 gemacht hat, wird vorgeschlagen, Maßnahmen zu treffen, die die deutsche Gesetzgebung vervollständigen und die die Ausfuhr von Kapital der Genehmigung der Regierung unterwirft. Die Inkraftsetzung dieser Maßnahme muß im Laufe dieses Jahres erfolgen. Ueber die Maßnahmen werden ausführliche Richtlinien dem Memorandum beigefügt.

Das Attentat auf Lenin

„Mahnworte" der „Freiheit" — Heuchlerische Proteste

(Inprekorr.) Moskau, 20. Juli.

Die Untersuchung der terroristischen Akte der SR., insbesondere über das auf Lenin verübte Attentat, wird fortgesetzt. Der Angeklagte Donskoj macht hierzu seine Aussagen. Semenow habe ihm seinerzeit in Saratow einen Plan zur Organisierung einer Freischärlerabteilung vorgelegt, deren Aufgabe die Desorganisierung der Roten Armee an der Wolga sein sollte. Er habe Semenow vorgeschlagen, sich an der militärischen Arbeit des Kreiskomitees der SR. in Saratow zu beteiligen, Semenow habe aber abgelehnt und sei nach Moskau abgereist. Später habe er in Moskau erfahren, daß Semenow den verhafteten Goz durch einen Ueberfall auf diesen Begleitmannschaften zu befreien versucht habe. Bei einer Zusammenkunft mit Semenow habe ihm dieser erklärt, er wolle in die Kampfabteilung der Fanny Kaplan eintreten, die bestimmte terroristische Absichten habe. Bei einer Zusammenkunft mit Fanny Kaplan, bei der auch Semenow zugegen war, erklärte er, daß sie eine terroristische Aktion plane. Als das Attentat auf Lenin bekannt wurde, habe er sogleich Fanny Kaplan in Verdacht gehabt, den die Berichte der Zeitungen auch bestätigten. Man beschloß, eine Erklärung zu veröffentlichen, daß die Partei der SR. an dem Attentat auf Lenin nicht beteiligt sei. Bei dem nächsten Zusammentreffen mit Semenow erklärte er, daß er Fanny Kaplan den Revolver zur Ausführung des Attentats gegeben habe. Semenow wolle weitere terroristische Aktionen organisieren, die im Namen einer Gruppe der Partei der SR. ausgeführt werden sollten. Er, Donskoj, habe scharf dagegen Einspruch erhoben. Darauf habe sich Semenow sehr heftig über das Zentralkomitee der Partei der SR. ausgelassen, weil sich dieses von allen bisher vollführten Aktionen losgesagt habe. Staatsanwalt Krylenko verweist auf die Andeutungen der Angeklagten Stawskaja in der Voruntersuchung, daß Donskoj genau über die Vorbereitungen zu dem Attentat auf Lenin unterrichtet gewesen sei. Das Zentralkomitee habe diese Aktion nicht anerkennen wollen, weil es die Zerstörung der Organisation der SR. befürchtete.

Im weiteren Verlaufe des Verhörs gibt der Angeklagte Timofejew Erklärungen zu den Umständen des Attentats auf Lenin ab. Auch er habe Semenow erklärt, daß die Frage des Terrors nicht auf der Tagesordnung der Partei stehe, denn erstens seien die Boschewiki Sozialisten und nicht aus der zweiten Internationale ausgetreten, zweitens wollten die SR. die Bolschewisten nicht zu Märtyrern machen. Endlich führte die Partei der SR. einen offenen Kampf gegen die Bolschewisten und hielt darum den Terror zu der Zeit des offenen Kampfes für unzulässig. Auf einen Vorschlag des Parteimitgliedes Tislenko, der mit den autonomen Gruppen selbständig, nicht im Namen der Partei Terrorakte ausführen sollte, habe er es entschieden abgelehnt, und, als Tislenko darauf bestand, daß auch andere Mitglieder des Zentralkomitees befragt würden, die Meinung von Goz eingeholt, der völlig Timofejews ablehnenden Standpunkt teilte. Die militärische Arbeit der Partei in Moskau habe er ebenfalls, nicht Goz, geleitet. Staatsanwalt Krylenko verweist auf den Widerspruch dieser Erklärung mit den Aussagen der Angeklagten Eugenie Natner, die erklärte, daß die Partei der SR. sehr wohl die Terrorakte gegen die Bolschewisten als Selbstschutz gelten ließ. Auch sei hier die Frage aufzuwerfen, wie die Partei der SR. auf die Nachricht vom Attentat, das auf Lenin verübt wurde, verfuhr und welche Maßnahmen sie getroffen habe, damit sich Aehnliches in Zukunft nicht wiederhole und ob sie etwa durch einen Beschluß weitere Terrorakte verboten habe. Timofejew erklärt hierzu, das Zentralkomitee der Partei habe keinen Beschluß gefaßt, der Terrorakte verbot, da die Frage des Terrors nicht auf der Tagesordnung der Partei stand.

*

Immer klarer und schärfer tritt die blutige konterrevolutionäre Arbeit der SR. vor dem Revolutionstribunal des russischen Volkes zutag. Und die SR.-Konterrevolutionäre um und in der „Freiheit"-Redaktion werden immer unruhiger und aufgeregter. Den Gang des Prozesses verschweigen sie. Sie müßten sonst die Wahrheit sagen. Die Wahrheit scheuen aber diese Sozialdemokraten. Dagegen müssen selbst bürgerliche Berichterstatter reaktionärer Blätter, wie Georges Popoff, der Korrespondent der antibolschewistischen „Rigaschen Rundschau", trotz aller Hetze gegen Rußland zugeben, daß fast alle Angeklagten die ihnen zugeschriebenen Vergehen ohne weiteres eingestanden haben. Sie werden angeklagt, gegen die Sowjetregierung konspiriert und terroristische Attentate ausgeführt zu haben. Sie geben es zu. Nur die „Freiheit"-Redaktion verschweigt dies und heuchelt „revolutionäre Gewissen". Es regnet Proteste, „Mahnworte in letzter Stunde". Alle pazifistischen Ladenhüter, alle deutschen Professoren und naive sentimentale Künstlerseelen unterschreiben, was ihnen geschäftige Hände vorlegen: ein neuer Protest, mit klingenden Namen garniert, rauscht in dem menschewistischen und SR.-Blätterwalde.

Wo waren sie aber alle, als in Polen, in Serbien, in Rumänien, in Finnland, Esthland und Lettland, in München und in Budapest die Weiße Bestie wütete? Erst unlängst zog sich in peinvoller Länge ein Riesenprozeß gegen Kommunisten in Rumänien und keine „Freiheit", kein Professor, kein Vandervelde, Theodor Liebknecht oder Rosenfeld ziehen Proteste in die Welt. Ein bürgerliches Blatt, das „Berliner Tageblatt", malte die blutige Orgie des Grauens in Bukarest:

„Die Angeklagten seien nicht nur geprügelt und mit Füßen getreten worden, man habe ihnen, um sie für bestimmte Aussagen gefügig zu machen, glühende Eisen unter die Fingernägel und ins Fleisch gestoßen, es seien auch spezielle Martern erfunden worden, zum Beispiel habe man die Angeklagten zusammen mit Katzen in einen Sack gesteckt, oder habe Angeklagte „aus Kreuz geschlagen" und ihnen sodann mit den Bajonetten in die Rippen gestochen".

Dies geschah Arbeiterführern, Arbeiterkämpfern. Und die „Freiheit" schwieg, Theodor Liebknecht, Vandervelde, Rosenfeld schwiegen, alle die Professoren und Künstler fanden keinen geschäftigen Freund, der ihnen einen flammenden Protest zur Unterschrift vorgeschoben hätte. Nur wo es gilt, die russische Revolution zu verleumden, dort sind sie alle da, die das eigene böse Gewissen wegen des Verrates an der Arbeiterklasse verfolgt.

Ueber dem Präsidentenstuhl des Revolutionstribunals in Moskau hängt ein Bild: ein Arbeiter mit einem Hammer in der Rechten. Das Bild trägt die Inschrift: „Das proletarische Gericht ist der Schutz der Revolution." Der Hammer in der Rechten des Arbeiters trifft hart und sicher . . .

Statistiken

Das Garantiekomitee hat schon in seiner Note vom 14. Juni Veröffentlichungen wirtschaftlicher und finanzieller Statistiken verlangt. Vor allem wird gewünscht, vierteljährliche Veröffentlichung der Handelsstatistik Deutschlands, außerdem muß das Statistische Reichsamt monatlich der Delegation des Garantiekomitees eine Uebersicht über die Ausfuhr mitteilen.

Ebenso müssen genaue Statistiken über Eisenbahn- und Wasserstraßentransporte, sowie über den Ueberseehandel angelegt werden.

Gefordert wird ferner eine Produktionsstatistik, in welcher vor allem dreimonatlich über die metallurgische Produktion und eine Finanzstatistik, die alle sechs Monate gegeben werden muß.

Dem Memorandum beigefügt sind Anlagen, in welchen die Forderungen der Kommission punktweise genau detailliert werden. U. a. wird gefordert: Tägliche (!) Mitteilungen über die Höhe der schwebenden Schuld, zehntägige Uebersicht über die Finanzen des Reiches, monatliche Uebersicht über die Einnahmen des Reiches und zur Ergänzung der Vierteljahrs- und Jahresübersichten.

Austritt der Demokraten aus dem Kabinett?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 22. Juli.

Die politische Lage hat sich verschärft. Wie das Stinnesblatt, die „D. A. Z.", meldet, sollen die Demokraten in den nächsten Tagen aus dem Kabinett ausscheiden. Das wird wahrscheinlich zur Reichstagsauflösung führen.

Neue Orgeschwaffenfunde in Magdeburg

(Eigene Drahtmeldung.)

Magdeburg, 22. Juli.

In Magdeburg und einigen Ortschaften der näheren Umgebung sind im Laufe der letzten Tage neue Waffenfunde gemacht worden. Es sind beschlagnahmt: 175 Infanteriegewehre, drei schwere Maschinengewehre, 61 Militärfahrräder, neu hergerichtet mit neuer Gummibereifung, über 1 Million scharfe Munition, in Kisten verpackt, 150 umgearbeitete Gewehre. Schließlich sind, wie wir bereits schon meldeten, in Magdeburg bei dem Sohn des Buchdruckereibesitzers Wohlfeld 500 Militär-Gewehrschäfte gefunden worden, die zu den vor einiger Zeit in der Halberstädter Straße beschlagnahmten Gewehren gehören. Festgestellt wurde ferner, daß in einer Magdeburger Patronenfabrik Munition in größeren Mengen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, hergestellt und versandt wurde. Darunter befand sich auch Dum-Dum-Munition. Der Versand wurde auch noch fortgesetzt, nachdem er der Fabrik durch die Polizei bereits untersagt war. Es ist jetzt Vorsorge getroffen worden, daß das Verbot Beachtung findet. Die Waffensuche wird fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen neue Lager entdeckt werden.

Wir fordern unsere Parteigenossen auf, überall Waffenfunde der Bezirksleitung sofort zu melden.

Monarchistische Bespitzelung der Reichsregierung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 22. Juli.

Wie festgestellt wurde, ist das Verwaltungsbureau des Deutschnationalen Jugendbundes in der Mauerstraße 87 mit seiner Fernsprechleitung an die Zentrale des Preußischen Kriegsministeriums in der Leipziger Straße angeschlossen. Das Bureau steht unter der Leitung des ehemaligen Offiziers Bülow.

Die weißblaue Reaktion

Die Truppen doch zurückberufen

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 22. Juli.

In München fand gestern abend Kabinettsrat und gleichzeitig die Sitzung des Landesausschusses der stärksten Regierungspartei, der Bayrischen Volkspartei statt. Beide nahmen Stellung zum Schutzgesetz, das gegen den Einspruch der bayrischen Regierung im Reichstag angenommen worden ist. In der äußerst stark besuchten Tagung des Landesausschusses der Bayrischen Volkspartei wurde einstimmig eine Resolution angenommen, mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns gegenüber dem Reiche in der Frage des Schutzgesetzes aufs entschiedenste zu wahren. Die bayrische Regierung wird wahrscheinlich der Reichsregierung bestimmte Gaarntieforderungen stellen, die sich auf die Handhabung der Schutzgesetze in Bayern beziehen. Dadurch soll jeglichem Eingreifen des Reichs gegen die bayrische Reaktion endgültig der Riegel vorgeschoben werden.

*

Trotz des Dementis der bayrischen Regierung wird die Nachricht, daß die gesamten bayrischen Truppen telegraphisch innerhalb des bayrischen Staatsgebietes zurückberufen worden sind, in aller Form bestätigt. Das Reichswehrministerium teilt mit, warum es sich diesem Verlangen der bayrischen Regierung aus verfassungsmäßigen Gründen nicht widersetzen konnte! Es handelt sich dabei offenbar um eine Demonstration sowohl gegen die Reichsregierung als auch gegen die Arbeiterparteien in Bayern, die die Arbeiterschaft zur Wachsamkeit gegenüber den Sabotageabsichten der Staatsregierung aufgerufen haben.

Die Regierung Lerchenfeld sorgt dafür, daß in Bayern alles beim Alten bleibt, trotz Staatsgerichtshof und Reichskriminalpolizei. Und die Regierung Wirth wird sich wieder fügen.

Der Aushungerungsplan des Landbundes

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 22. Juli.

Trotzdem die Koalitionssozialdemokraten den Agrariern sehr entgegengekommen sind, hohe Preise für die Ablieferung beschlossen und dadurch neue Belastungen für die Arbeiterschaft verschuldet haben, hat der Landbund nicht die Absicht, dieses Gesetz durchzuführen. Das „Berliner Tageblatt" meldet, daß der Landbund im Kreise Lebus in seinem wöchentlichen Nachrichtenblatt vom 15. Juli 1922 Vorschriften zur Getreideumlage unter der Ueberschrift: „Stellungnahme des brandenburgischen Landbundes zum Umlagegesetz" mitteilt. Die Mitglieder des Landbundes werden darin zur offenen Sabotage der Lebensmittelversorgung, zur Entfernung wichtiger Bestandteile aus den Dreschlitzen und anderen Dingen aufgefordert.

Immer klarer stellt es sich heraus, daß die Junker keine Absicht haben, ein auch noch so gutes Kompromiß einzugehen, sondern daß die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft nur durch energische Maßnahmen, durch die Kontrolle über die gesamte Produktion, durch die Kontrolle über die Ablieferung und Verteilung, durch die Verhinderung der Produktionssabotage erreicht werden kann. Die Arbeiterschaft darf sich durch die Annahme des Umlagegesetzes nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Lebensmittelversorgung im kommenden Jahr auch bei den hohen durch die Umlage geschaffenen Preisen nicht gesichert ist und daß die reaktionären Junker die Aushungerung des Industrieproletariats in noch stärkerer Weise fortsetzen wollen.

Säuberung des Beamtenapparates von — Republikanern

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 21. Juli.

Wir erfahren, daß der Minister Lipinski dem Oberwachtmeister der blauen Polizei, Schmidt, seinen eigenen Parteigenossen, den Dienst aufgekündigt hat, weil Schmidt von ihm energische Maßnahmen gegen die reaktionären Oberbeamten verlangt hat. Bei der Polizei herrscht deshalb in dem Teil der mit den Arbeiterparteien Sympathisierenden große Erregung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0002

Zur sogenannten Gewerkschaftsfrage

Von A. Maslow.

I.

Nicht eine Frage, sondern vier.

In manchen Bezirken stellen die Genossen mit großer Heftigkeit die Forderung, die „Gewerkschaftsfrage" zu besprechen. Stellt man die Gegenfrage, was sie eigentlich darunter zu verstehen belieben, so hört man im wesentlichen jene altbekannten Klagen über die Schlechtigkeit der Gewerkschaftsführer, über die Schwierigkeit der Gewerkschaftsarbeit und über einzelne Vorfälle, die seit Jahren geführt werden und absolut nichts für die praktische Arbeit und noch weniger (nämlich nur Verwirrung) für die Theorie liefern. Hört man geduldig all diese Jeremiaden an, so stellt sich heraus, daß jene sogenannte „Einstellung", von der die reden, welchen irgendwelche Parteibeschlüsse nicht passen, nicht im geringsten eine einheitliche Auffassung vorstellt, sondern ein Sammelsurium von Konfusion ist, aus dem man immerhin sehr verschiedene Stimmungen herausfinden kann.

Da gibt es

1. solche Genossen, die als die wichtigste Frage („die Gewerkschaftsfrage") die Frage ansehen, wie die Partei mit den aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen verfahren soll.

Diese Frage ist wichtig und muß in der Tat geklärt werden.

2. solche Genossen, die sich gegen den Beschluß des Parteitages auflehnen, wonach jeder Parteifunktionär gewerkschaftlich organisiert sein muß.

Diese Frage hat nicht das geringste mit der „Gewerkschaftsfrage" zu tun, sondern ist eine Frage der Parteidisziplin.

3. solche, die bei manchen Arbeitern Gewerkschaftsmüdigkeit erblicken, diese Erscheinung verallgemeinern und schreien: „wir werden die Gewerkschaften „doch" nicht erobern".

Mit diesen Genossen muß sehr gründlich gesprochen werden, denn sie haben in der Tat nicht begriffen, daß „die Gewerkschaftsfrage", nämlich, ob man in den Gewerkschaften bleiben soll oder nicht, **für die Kommunisten seit Jahren entschieden** ist und an sich keiner Diskussion mehr bedarf.

4. solche, die zwar nicht offen sagen: „Heraus aus den Gewerkschaften", aber die Union (Gelsenkirchen) als eine der RGÖ. angeschlossene Organisation anpreisen und damit indirekt zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordern.

Mit diesen Genossen muß, insbesondere in Berlin, Fraktur geredet werden, da ihre Tätigkeit direkt parteischädigend ist.

Was soll mit den Ausgeschlossenen geschehen?

Zu 1. Die Frage, was mit den Ausgeschlossenen geschehen soll, ist nicht im geringsten die wichtigste Frage der Gewerkschaftsarbeit. Schon deshalb nicht, weil in Deutschland bisher Ausschlüsse in größerem Umfange nur bei den Bauarbeitern zu verzeichnen sind. In einer der nächsten Nummern von „T. u. O." werden wir eine genaue Zusammenstellung der Zahlen der Ausgeschlossenen geben, und es wird sich dabei zeigen, daß von Massenausschlüssen (außer bei den Bauarbeitern) keine Rede sein kann. Manche Genossen werfen — mit der Absicht, zu verwirren — die von selbst aus der Gewerkschaft Ausgeschiedenen mit den Ausgeschlossenen in einen Topf. **Das ist absolut unzulässig: die Kommunisten, die aus den Gewerkschaften fortgegangen sind, sei es, weil sie „die Gewerkschaftsarbeit satt" hatten, sei es, als die Partei noch Schwankungen aufwies in der Frage der Gewerkschaftsarbeit, haben zurückgehen und ihre Arbeit in den Gewerkschaften zu machen. Wenn keine andern Gründe für diese Forderung vorhanden wären, so würde das einfach die Parteidisziplin fordern.**

Was aber die Ausgeschlossenen betrifft, so hat die Partei und haben die oppositionellen Gruppen in den Gewerkschaften mit aller Energie sich für deren Wiederaufnahme einzusetzen, und zwar für eine **Wiederaufnahme unter voller Wahrung der Mitgliederrechte.** Das, was die Beschlüsse der RGÖ. darüber sagen, genügt für Deutschland durchaus. Es heißt da:

„Die ausgeschlossenen einzelnen Mitglieder der Organisation wie auch die der Ortsgruppen dürfen keineswegs zerstreut bleiben. Sie müssen sich vereinigen und in enger Fühlung mit den revolutionären Fraktionen der Gewerkschaften treten, um nicht nutzlos im Kampfe für die Revolutionierung der Gewerkschaften dazustehen."

Und damit niemand auf den Gedanken kommen soll, daß etwa die der RGÖ. angeschlossene Gelsenkirchener Union die Ausgeschlossenen aufnehmen soll, anstatt daß sie ihre Wiederaufnahme in ihre alten Verbände mit aller Kraft betreibt, wird besonders betont:

„Die übrigen Organisationen, die mit der RGÖ. sympathisieren, müssen gemeinsam einen entschlossenen Feldzug unter der Losung „Fort mit der verräterischen Gewerkschaftsbureaukratie, die die Gewerkschaften zerstört" einleiten, wobei den zentralisierten freien Gewerkschaften keine neue Kategorie von Arbeitern entrissen werden darf."

Was das heißt, ist klar: eine Propaganda **für den Eintritt** in andere Organisationen (z. B. **die Union**) ist völlig unstatthaft, und damit jeder derartige Versuch unterbunden bleibt, fordern die Satzungen der RGÖ.:

„Die Anerkennung der proletarischen internationalen Disziplin und Unterordnung unter dieselbe"

und

„Einheitlichkeit der Aktionen mit allen revolutionären Organisationen und kommunistischen Parteien des gegebenen Landes".

Um zusammenzufassen: **die Ausgeschlossenen sind zusammenzufassen und für ihre Wiederaufnahme von der Partei, den revolutionären Gruppen in den Gewerkschaften und auch der Union (als „revolutionäre Organisation", die der RGÖ. angehört) eine aktive Arbeit zu leisten.**

„Ich sterbe auf den Barrikaden gern, aber in die Gewerkschaft gehe ich nicht."

Zu 2. Die Partei hat in Jena beschlossen, daß Parteifunktionäre in den Gewerkschaften zu arbeiten haben. **Dieser Beschluß ist absolut richtig: es geht durchaus nicht an, daß Parteifunktionäre außerstande sind, die Parteipolitik durchzuführen, weil sie nicht in den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter arbeiten.**

Hier gilt auch keine Entschuldigung. Manche Genossen tun so, als würden sie eher sterben, als in die Gewerkschaften zurückkehren, aus der sie ausgeschieden sind. Dieser „Stolz" ist durch nichts begründet. Wenn die betreffenden Genossen nicht begreifen, daß ihnen die (richtigen) Beschlüsse der Partei viel wichtiger sein müssen, als ihre persönlichen Wünsche, Gefühle und Bequemlichkeiten, so sind sie für Parteifunktionen nicht geeignet. Es hat nicht den geringsten Wert zu betonen, auf den Barrikaden würde man gerne für die Partei sterben, aber auf Befehl der Partei in die Gewerkschaftsarbeit sich „zwingen" lassen, das könne man nicht vertragen. Die Genossen, die so sprechen, sind keine klaren Kommunisten, und ihren Stimmungen darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Sterben auf den Barrikaden mag sehr gut sein, aber wenn die Genossen, die diese heroischen Versprechungen machen, nicht einmal imstande sind, trotz ihrer Sympathien oder Antipathien wichtige Parteibeschlüsse durchzuführen und lieber ihre Parteifunktionen niederlegen als in den Massen der Gewerkschafter zu arbeiten, so ist es mehr als zweifelhaft, ob die Partei durch die Niederlegung ihrer Funktionen einen wirklichen Verlust erleidet.

Ein anderes sehr ernsthaftes Argument gegen ihre Halsstarrigkeit mögen sich die Genossen noch überlegen, welche absolut nicht zu bewegen sind, den Beschluß der Partei in der Gewerkschaftsfrage durchzuführen. Gerade diejenigen Genossen, die aktiv, revolutionär, links eingestellt sein wollen, gerade diejenigen Genossen, die von der KPD. verlangen, das sie das Proletariat Kämpfen entgegenführen soll, gerade sie müssen darüber mit äußerster Sorgfalt wachen, daß zwischen Partei- und Gewerkschaftsarbeit die größte Einheitlichkeit besteht; denn wohin soll es führen, wenn **der Stamm der Parteifunktionäre zu einem großen Teile aus der Gewerkschaftsarbeit ausgetreten ist und dafür die Kommunisten in den Gewerkschaften nur eine sehr lose und wenig wirksame Verbindung mit der Partei besitzen?** Es ist ganz klar, daß dann das eintritt, was die heftigsten Bekämpfer der Gewerkschaftspolitik vermeiden wollen: daß die Partei Beschlüsse faßt, für deren Durchführung sie kein Organ hat, und daß sich sehr bald ein unheilvoller **Zwiespalt zwischen Partei und kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären auftun und sich täglich vergrößern muß.** Kein Kommunist, der eine wirkliche aktive Politik der Partei wünscht, kann daher gegen den Beschluß des Jenaer und Berliner Parteitages etwas wirklich Stichhaltiges vorbringen und aus diesem letzteren Grunde noch mehr als aus allen anderen kann und darf die Partei nicht nachgeben und muß den Beschluß mit größter Energie durchführen.

Mit den guten Genossen kann man bestimmt durch gründliche Aussprache Einigung erzielen. **Aber nachgeben kann und wird die Partei in diesen Fragen nicht.**

(Fortsetzung folgt.)

Die große Säuberung

Das Antikommunistengesetz zum Schutze der Republik ist angenommen worden und das Grollen der linksgerichteten Arbeiter wird immer vernehmlicher. Die Regierung denkt, daß zur Beschwichtigung der Gemüter etwas geschehen müsse und so verkündet sie denn als ihre erste Tat, daß ein paar Regierungspräsidenten, die auf dem äußersten Flügel der nationalistischen Reaktion stehen, in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind. Ihr Ruhegehalt beziehen sie weiter und können mit dem Gelde weiter ein gutes Leben führen und ihre Wühlarbeit gegen die Republik weiter treiben. Von der Forderung der Arbeiterschaft, die amtlichen Saboteure der Republik ohne Pension zu entlassen, hat man in schwächlicher Nachgiebigkeit abgesehen. Manche der „Abgesägten" fallen auch wieder die Treppe hinauf, und so ist denn der Herr Hillmanns aus Osnabrück ins Finanzministerium übernommen worden. Auch wenn antirepublikanische Truppenführer versetzt werden, erweitert sich gewöhnlich ihr Wirkungskreis. Die „Freiheit", die ihren unzufriedenen Lesern besonders viel Wind vorzumachen sich verpflichtet fühlt, glaubt, daß mit dieser minimalen „Säuberung" („7 Präsidentenleichen") die anderen Gleichgesinnten zur Vernunft kommen werden. Schon möglich, daß diejenigen hochbeamteten Reaktionäre, die sich bisher gar zu sehr deutschvölkisch exponiert haben, nunmehr schärfer den Standpunkt der großen Koalition hervorkehren werden. Wo nicht, wird vielleicht noch ein weiteres Bäckerdutzend Regierungsämter, Landratsposten usw. mit ausgesprochenen Stinnesleuten besetzt werden. Das ist der Zug der großen Koalition, der den Arbeitern und ihren sozialdemokratischen Führern als ein Erfolg des Berliner Abkommens vorgeredet werden soll. Die auf dem Ausstehe-Glat stehende unabhängige Berliner „Freiheit" wird auch darin wohl ein „Maximum an politischen Erfolgen" erblicken. Andere USPD.-Blätter freilich sind einsichtiger und selbst die von uns in letzter Zeit schon öfter zitierte sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" erklärt, daß infolge der Vertagung bis zum Herbst alles beim alten bleibt, daß die Reaktion triumphiere, und daß ja alles zum Besten gedeihen müsse, da der „Schutz der Republik" in den bewährten Händen auch von Dr. Hermes und von Dr. Gessler bleibe.

*

Mordorganisation C

In Thüringen sind nicht nur neue Waffenfunde in großen Mengen in Wäldern und Kirchtürmen versteckt gefunden worden. Es sind auch über Aufbau und Taktik der aus der Ehrhardt-Brigade hervorgegangenen Mordorganisation C an verschiedenen Stellen Thüringens wichtige Materialien entdeckt worden. Aus den bei einem Gothaer Führer aufgefundenen Dokumenten ergibt sich, daß die Organisation C im Deutschen Reich in eine Reihe von Gauen eingeteilt ist, die mit den Buchstaben des Alphabets von a bis o gezeichnet werden. Thüringen ist als „Gau L" mit dem Hauptsitz in Gotha vorgesehen. Vertrauensmänner der Organisation C waren dort auch in anderen rechtsstehenden Organisationen tätig. Der „Vorwärts" veröffentlicht den ausführlichen Wortlaut geheimer Anweisungen, die bei der Gauleitung des Gaues L aufgefunden wurden. Wie aus dem Material, das noch erweitert werden soll, hervorgeht, sind die Geheimorganisationen trotz der Auflösung noch immer munter am Werke, was bei dieser Republik und diesem Schutzgesetz nur den Hans Natvus im „Vorwärts" wundnehmen kann.

*

Nach der Amnestie

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 21. Juli.

Von der halben Amnestie, die der Reichstag beschlossen hat, sind bekanntlich die bayerischen Festungsgefangenen von Niederschönenfeld schändlicherweise ausgeschlossen worden. Statt einer Besserung in der Behandlung der Gefangenen (von den Freiheiten, die z. B. ein Herr von Jagow oder der Mörder Graf Arco in seiner Ehrenhaft genießt, gar nicht zu reden!) ersinnt man immer neue Schikanen und neue Folterungen. Seit der Ermordung Rathenaus werden gegen Recht und Gesetz den politischen Gefangenen in Niederschönenfeld keine Zeitungen ausgehändigt, eine Beschwerdeschrift Mühsams an den Reichsjustizminister Radbruch wurde beschlagnahmt, da das Reichsministerium für die bayerischen Henkersknechte „keine vorgesetzte Behörde" sei, gegen Rechtsbrüche protestierende Festungsgefangene wurden in Zwangsjacken gesteckt und stundenlang in ihrem Kot liegen gelassen. Ausgang und Urlaub besteht grundsätzlich nicht, Besuch und Briefwechsel sind aufs schärfste eingeschränkt, Toller darf nicht einmal seine Theaterkritiken lesen und selbst Rudolph Hilferdings „Finanzkapital" ist als „revolutionäre" Schrift verboten. Nach Bayern, wo die Mörder gute Tage haben, reicht nicht der Arm des Reichsjustizministers; hier kann nur die Faust des Proletariats gegen das monarchistische Kerkersystem helfen.

*

Miesbach

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 21. Juli.

In Bayern verbietet man auf Grund des antikommunistischen Schutzgesetzes unsere Zeitungen. Der „Miesbacher Anzeiger" dagegen erscheint im alten Ton weiter, obwohl er aufs neue den Mord an Rathenau als eine historisch „edle und wertvolle Tat" würdigt. Die Reichsfahne nennt er „Putzlumpen", reichsdeutsche Beamte, die Mord-Aufklärungsversuche in Bayern unternehmen würden, bedroht er mit Totschlag und macht sich — mit seltener Offenheit — lustig über die „jämmerliche Wehleidigkeit, Heuchelei und Feigheit", mit der sich die Rechtsparteien um die Mordtat herumdrückten, da es ihnen lieber gewesen wären, wenn sich Rathenau „bei einem Autounglück das Genick gebrochen oder wenn ihn der Schlag getroffen hätte. Die Deutschnationalen sind wohl für solche Ansichten, aber nicht für solche deutschvölkischen Offenherzigkeiten zu haben.

*

Gegen den frechen Verleumder Ludendorff

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 21. Juli.

Die kommunistische Landtagsfraktion Bayerns hat folgende kurze Anfrage eingereicht:

Pressenachrichten zufolge hat General Ludendorff in seiner Eigenschaft als bezahlter Berichterstatter der englischen hetzerischen und deutschfeindlichen Morning Post die Behauptet: Die Ermordung deutscher Minister sei von kommunistischen Organisationen beschlossen worden und dieses sei die Erklärung für die Erschießung Rathenaus. Wie die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung in der Mordsache Rathenaus beweisen, hat Ludendorff wider besseres Wissen dadurch deutsche Volksgenossen verleumdet, um der englischen Hetzpresse zu Gefallen zu sein. — Diese lügnerische Behauptung Ludendorffs ist ferner eine Verleumdung Sowjet-Rußlands, mit welchem das Reich durch den Vertrag von Rapallo verbunden ist. Ludendorff versucht auch, wie aus seinen Pressedarstellungen ersichtlich ist, sich der Entente als Söldnerführer anzubieten. Gedenkt die Staatsregierung diese hetzerische und verleumderische Tätigkeit Ludendorffs, welche der Reichskanzler als eines deutschen Generals unwürdig bezeichnete, weiter zu dulden, oder ist sie bereit, Ludendorff klar zu machen, daß er sein Asylrecht in Bayern nicht zu einer, das Reich schädigenden und der Entente Vorschub leistenden Propaganda mißbrauchen darf?

*

Tannenbergfeier der ostpreußischen Monarchisten!

(Eigene Drahtmeldung.)

Königsberg, 21. Juli.

Für den Monat August wird ein neuer nationalistischer Rummel vorbereitet. So soll in Rosenburg am 27. August ein Kreisjugendtag stattfinden, zu dem schon die Landwirte der Umgebung Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, damit dem Patriotismus durch Schweinebraten und dergleichen etwas nachgeholfen wird. Sonderzüge von Deutsch-Eylau und Freistaat werden zur Verfügung gestellt. Den Höhepunkt der Veranstaltung soll eine gemeinsame Tannenberg-Feier bilden. Die Arbeiterschaft wird noch ein Wort mitzusprechen haben.

Ledebour macht die Vereinigung mit der SPD. nicht mit

Der „Vorwärts", neuerdings Zentralorgan auch der unabhängigen Sozialdemokratie, teilt mit, was die „Freiheit" verschweigt; auf der Funktionärkonferenz der USPD., auf der Paul Levi als Anwalt der Hilferdinge für die Koalitionspolitik und die rasche Verschmelzung mit der SPD. Stimmung zu machen suchte, **sprach sich der Abgeordnete Ledebour in seinem Korreferat gegen die Einigung mit der SPD. aus und erklärte, er werde diese Einigung nicht mitmachen.**

Wie es gelungen ist, die „große Mehrheit" der Funktionäre (sagt der „Vorwärts"), die sich noch vor wenigen Wochen mit aller Schärfe gegen die Koalitionspolitik ausgesprochen haben, zur Annahme einer Resolution zu bringen, die die Bildung der Arbeitsgemeinschaft billigt, wissen wir noch nicht. Die Tatsache allein, daß den Koalitionsgegnern ein Korreferat bewilligt werden mußte, und daß Ledebour sich scharf gegen die Politik der Zentralleitung ausgesprochen hat, beweist die Stärke der Opposition.

Ausland

Neue Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland

NR. Charkow, 20. Juli.

Der Charkower „Kommunist" veröffentlicht eine Schilderung der Kriegsvorbereitungen innerhalb der rumänischen Armee. Der rumänische Generalstab bereitet sowohl das Offizierkorps wie auch die Truppen auf die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung mit Rußland vor. Als Termin des mutmaßlichen Kriegsausbruchs wird der Monat März bezeichnet, in welchem die Rote Armee wegen der Schneeschmelze und wegen des Beginnes der Feldarbeiten am wenigsten schlagkräftig ist. In der Monatsschrift des rumänischen Generalstabes „Romania militara" ist ein Preisausschreiben für die Lösung taktischer Fragen veröffentlicht, die sich auf einen rumänisch-russischen Krieg beziehen. In den taktischen Aufgaben wird einer „blauen" Armee Erwähnung getan, deren Aufgabe darin besteht, auf der ganzen Front die Grenze zu überschreiten. Diese „blaue Armee" setzt sich aus Resten der Petljura- und Wrangeltruppen zusammen, die seinerzeit von der „Roten Armee nach Rumänien abgedrängt wurden. Der „Kommunist" fordert die Führer der Roten Armee auf, die rumänischen Kriegsvorbereitungen aufmerksam zu verfolgen.

Offensive der Faszisten und Verrat der Amsterdamer

Mailand, 22. Juli.

Ein ganz brutales Verhalten haben in den schweren Tagen die Amsterdamer Gewerkschaften der italienischen Arbeiterschaft gezeigt. Am gestrigen Tage kamen Parolen von Rom, wonach der **Streik abgeblasen** wird, nachdem die Bewegung in Norditalien in vollem Gange war. Diese Mitteilung hat Mussolinie den Mut gegeben, in einer Abendzeitung die Faszisten zum Loschlagen aufzufordern, falls nicht heute früh die Arbeit wieder aufgenommen wird. Der rechte Flügel der Sozialisten versucht mittlerweile, die Zulassung in das neue Kabinett zu erreichen. Die Lage ähnelt der in Deutschland außerordentlich.

Gewerkschaftsbewegung

Eine unerhörte Unternehmerfrechheit

leisten sich die mitteldeutschen Braunkohlenbarone, indem sie sämtlichen Arbeitern, die am 1. Mai und an den beiden Demonstrationstagen anläßlich des Rathenaumordes gefeiert haben, diese **drei Tage vom Urlaub abzuziehen.** Da der Urlaub der Bergarbeiter ohnehin nur drei Tage im Jahre zählt, so käme dadurch also der Urlaub überhaupt in Fortfall. Dieses freche Vorgehen gegen Arbeiter, die zum Schutze der Republik auf Anweisung des ADGB. die Arbeit niederlegten, ist auf einen **Beschluß der Arbeitgeberverbände** zurückzuführen.

Während die Bergwerksbesitzer sich in den Kurorten und Sommerfrischen gute Tage machen, rauben sie gleichzeitig ihren Arbeitern, auf deren Kosten sie schlemmen und prassen, die drei Tage Urlaub. Was brauchen Proleten überhaupt Urlaub? Sind sie nicht ihr Leben lang zum Schuften verurteilt und können verrecken, wenn sie am Ende sind?

Wie uns der Deutsche Bergarbeiterverband mitteilt, finden in den nächsten Tagen Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und den Arbeitgebern in dieser Frage statt. Es ist mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die drei Feiertage nicht **nur mit vom Urlaub abgezogen, sondern auch bezahlt werden.** Wozu verkörpert der ADGB. eine ungeheure Macht, wenn er sie nicht anwendet?

*

(Eigene Drahtmeldung.)

Königsberg, 21. Juli.

Der ostpreußische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe, Königsberg, erläßt an die Verbandsmitglieder ein Rundschreiben vom 4. Juli, in dem es wörtlich heißt:

„Etwaige Forderungen der Arbeiterschaft auf Bezahlung der infolge der Demonstration ausgefallenen Arbeitsstunden sind unter allen Umständen abzulehnen. Unseren, in unserem Rundschreiben vom 27. Juni bekanntgegebenen Standpunkt, nach dem infolge der Rathenau-Demonstration Maßregelungen nicht gutgeheißen werden konnten, können wir heute nicht aufrechterhalten, da die heutige Demonstration lediglich die Durchsetzung sozialistischer Forderungen zum Ziele hat . . ."

Die offene Aufforderung zu Massenmaßregelungen gegenüber Arbeitern, die zum Schutze der Republik demonstrieren, zeigt wie wenig Eindruck die bloßen Demonstrationen auf die Ausbeuterclique machen, wenn ihnen keine Taten folgen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0003

Operetten-Theater.

Heute, 7½ Uhr: Erstaufführung.

„Der heilige Ambrosius"

Operette in 3 Akten von Leo Blech.

Willi Schur in der Titelrolle. 2985

Kasse ab½10 (Tel. 6183) ununterbrochen geöffnet

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Kommunistin 14 ist eingetroffen. Bitte bis 6 Uhr in der Buchhandlung abholen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Montag, den 24. Juli, im Sekretariat: Wichtige Sitzung der Ortsleitung.

Belegschaft der Freyberg-Brauerei. Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Sitzung.**

K. J. D., Ortsgruppe Halle. Heute abend, pünktlich 7 Uhr, im „Jugendheim", Rathausstraße 16: **Wichtige Sitzung** aller neugewählten Vorstandsmitglieder.

Mansfelder Seekreis.

Alsleben. Sonntag, 23. Juli, nachm. ½1 Uhr, in der „Zentralhalle": **Parteifest.** Redner: Genosse W. Rößling (Halle).

Kreis Merseburg.

Kötzschen-Beuna. Sonntag, den 23. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, den 23. Juli, vorm. 9 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Klassenkampf oder Koalition. Ref.: Genosse Anton Wild (Leipzig).

Grana. Sonntag, 23. Juli, nachm. 4 Uhr, im Gasthof Henschild: Sehr wichtige **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung wird dort bekannt gegeben.

Rehmsdorf-Rumsdorf. Sonntag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, im Gasth. Rehmsdorf: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Gen. Anton Wild, Leipzig.

Kreis Weißenfels.

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus": **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Zentral-Verband d. Zimmerer

Zahlstelle Halle a. d. S.

Montag, den 24. Juli, nachm. 5 Uhr (nach Arbeitsschluß) im „Volkspark":

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Stellungnahme zu der gegenwärtigen Situation.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kameraden! Es ist notwendig, daß zu dieser Versammlung zur Orientierung jedermann erscheint. Die Bezirke müssen ebenfalls durch Vertreter anwesend sein. 2983

Der Vorstand.

Holzpantoffeln, Pantoffelhölzer,

nur prima Ware,

liefert billigst 2989

Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,

nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof).

Holzpantoffeln werden repariert.

Bei Sobel kauft man gut u. billig | **Glas, Porzellan, Emaillewaren.**

Soeben erschien: Soeben erschien:

DER FERNE OSTEN

(Protokoll des ersten Kongresses der revolutionären und kommunistischen Organisationen des Fernen Ostens)

Das Buch bringt zum ersten Mal in deutscher Sprache das Originalmaterial über die Lage und Aussichten der Bewegung der Länder des Fernen Ostens, berichtet über die revolutionären und kommunistischen Organisationen in Japan, Korea, China, Mongolei, gibt die Berichte über die internationale Lage und der Fernen Osten, über die Nationalitäten- und Kolonialfrage mit den Resolutionen d. Kongresses

Preis 70.— Mark (Organ. 40.— Mark)

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Auslieferung der Organisationsausgabe an die Organisationen der KPD. durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17 *520

Volkspark.

Morgen, Sonntag:

Gartenkonzert, Ball

2984

WITTEKIND

Woche vom 23. bis 29. Juli.

Konzerte vom Philharmonischen Orchester.

Sonntag: **Frühkonzert,** 7 bis 9 Uhr, unter Mitwirkung d. **Cornet à Piston-Virtuosen L. Kümmel.**

Nachmittags-Konzert, 4 bis 6½ Uhr.

Abend-Konzert, 7½ bis 10 Uhr, unter Mitwirkung des **Cornet à Piston-Virtuosen L. Kümmel.** *632

Leitung: Obermusikmeister **Karl Steuer.**

Dienstag: **Sinfonische Morgenmusik** mit verstärktem Orchester, 9/7 bis 9/8 Uhr.

Leitung: **Gastdirigent Benno Plätz.**

Dienstag: **Nachm.-Konzert,** 4 bis 6½ Uhr.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag u. Sonnabend: **Frühkonzert,** 9/7 bis 9/8 Uhr.

Leitung: Obermusikmeister **Karl Steuer.**

Freitag: **Plätz-Konzert** mit verstärktem Orchester, 4 bis 6½ Uhr.

Leitung: **Gastdirigent Benno Plätz.**

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Kurhause: **Gesellige Vereinigung nur für Dauerkarteninhaber.**

ZOO. ZOO.

Sonntag, den 23. Juli, nachm. 4-6½ Uhr:

Konzert

vom Orchester des Hall. Operetten-Theaters, unter Mitwirkung des Hallischen Kammervirtuosen **Louis Kümmel** (Cornet à Piston).

Leitung: Kapellmeister **Georg Haupt.**

Donnerstag, den 27. Juli, *633 nachmittags 4—6 Uhr u. abends 7½—10 Uhr:

Konzert vom **Philharm. Orchester.**

Leit.: Obermusikmstr. K. Steuer.

Im Saale: **Geselliger Abend** für Dauerkarten-Inhaber, bei gutem Wetter von 8—10 Uhr, bei schlechtem Wetter nach dem Konzert.

Dauerkarten-Inhaber 2 Mk., Karten für Verwandte und Bekannte 6 Mk.

Freitag, den 28. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Großes Kinderfest.

Leitung: **Max Mühle.**

Schokoladen

Zuckerwaren usw. 487

kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei

Bachran & Co., Markt 6, gegenüber Börse

Werbt für den Klassenkampf

Disch. Bauarbeiterverband

Bezirksverein Halle a. d. S.

Montag, den 24. Juli, abends ½8 Uhr im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 2982

1. Weitere Verhandlungen über den Schiedsspruch vom 12. Juli.
2. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

— Ohne Buch kein Zutritt. —

Die Ortsverwaltung.

Arb.-Sport-Verein Dölau 1921.

Sonntag, den 23. Juli, im Gasthaus „Zum Baumbaum."

1. Sommerfest

verbunden mit **Preisschießen, -kegeln und Registrationen.**

Alle Arbeitersportler sind willkommen.

*631 **Der Vorstand.**

Hochfeinen **neuen**

Sauerkohl

in Tonnen und ausgewogen

empfiehlt: 2978

Carl Lange jr.,

Fernruf 2645. Reesener Str. 11/12.

Gummi-Hosenträger

mit derben Lederpatten

Paar 18.00 Mk.

Dauerwäsche - Vertrieb

Kl. Berlin 2,

1 Treppe, 2976

Eingang Sternstraße.

Paul Schäfers Gärtnerei, Döllnitz

liefert preiswert:

Topfpflanzen u. Sträußchen

den Gewerkschaften und Vereinen bei **festlichen Veranstaltungen.**

Gleichzeitig empfehle meine

Kranz- und Bukettbinderei.

Reparaturen an Uhren

sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung z. norm. Preis.

H. Zerner, 2985

Uhren-Reparatur-Werkstatt, **Gr. Steinstraße 85** (gegenüber Warthestraße)

Regatta-, Flieger-, Sportmützen empfiehlt 517

J. Kaliga

Gr. Klaustraße 35.

Bruchkranke 2984

können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunden in **Halle a. S., Hot. „Grüner Baum",** Franckestraße 14, am 26. Juli von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf,

Spezialarzt für Bruchleiden.

Stoffe,

gut und billig 467

Medesstraße 2, I, r.

Nutze dein Herdfeuer!

Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.)*

**) Um alle Vorteile voll auszunutzen, ist die Befolgung der Paket-Gebrauchsanweisung nützlich: Persil wird in kaltem Wasser aufgelöst und wirkt am besten ohne Zusatz von Seife und Seifenpulver.* 21

*627

Holzschuhe, Holzpantoffeln

in **Rindleder** empfiehlt an Wiederverkäufer.

H. Worg, Holzschuh- und Pantoffelfabr.

Zwintschöna. Telephon 1840. *496

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

John Reed:

10 Tage, die die Welt erschütterten.

Preis: **24,20** Mark.

Zu beziehen durch die

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Abt.: **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle (Saale),** Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen. F

Bekanntmachung.

Die Straßen Neuwerk und die Robert-Franz-Straße zwischen Pfälzerbrücke und Burgbrücke werden wegen der Art ihrer technischen Einrichtung für den Lastwagen- und Lastkraftwagenverkehr gesperrt.

Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 RStrGB. bestraft.

Halle, den 18. Juli 1922.

2979 **Die Wegepolizeibehörde.**

Bekanntmachung.

Die nächste Nacheichung der Meßgeräte findet in bekannter Weise wie folgt statt:

In der Woche vom 31. Juli bis 5. August: Ludwig-Wucherer-Straße, Bismarckstraße.

In der Woche von 7. bis 12. August 1922: Schillerstraße, Herderstraße, Hardenbergstraße.

In der Woche von 14. bis 19. August 1922: Lessingstraße, Fritz-Reuter-Straße, Goebenstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserstraße.

In der Woche vom 21. bis 26. August 1922: Kaiserplatz, Blumenthalstraße, Brandenburger Straße, Kromprinzenstraße. 2980

Halle, den 19. Juli 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Städtischer Kirschen- u. Birnenverkauf.

Montag,	den 24. Juli,	Ausweis Nr. 1	bis	1000.	
Dienstag,	„ 25.	„	„	1001	„ 2000.
Mittwoch,	„ 26.	„	„	2001	„ 3000.
Donnerstag,	„ 27.	„	„	3001	„ 4000.
Freitag,	„ 28.	„	„	4001	„ 5500.
Sonnabend,	„ 29.	„	„	5501	„ 7000.

Eisleben, den 21. Juli 1922.

425 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Am Montag, dem 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in Schreiers Lokal in Helfta die Verpachtung des diesjährigen Hartobstfanthanges an der Auerfurter Straße, Blaue Chaussee und im Lindentale meistbietend gegen Barzahlung statt. Die Bedingungen werden im Termine bekanntgemacht.

Helfta, den 20. Juli 1922. 424

Gemeinde-Vorstand Helfta.

J. A.: Bornschein.

Eisleben.

Neustadt-Theater

bringt vom Freitag bis Montag:

Die Geheimnisse von Berlin. 1. Teil. 6 Akte.

Soeben v. d. Reichszensur freigegeben z. öffentl. Vorführung. Der Welt größter Sitten u. Gesellschaftsfilm. Sensat. Ereignisse durch Schicksalsschläge schwergeprüfter Frauen. Folgen des Leichtsinns. Lachend, in nackter Wirklichkeit, schildert dieser Film die bedauerlichen Zustände in Berlin.

Der gr. Albertini-Schlager in 5 Akten: **„Der Fürst der Hölle".** In d. Hauptrolle: Albertini, der stärkste Mann Italiens. Dieser Film enthält Sensationen über Sensationen. A. Burges.

Arbeitsamt Eisleben.

Herrenstraße 10. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung (Herrenstraße 10).

a) Arbeitsuchende: Buchbinder, Böttcher, Bürogehilfen u. Kontoristen (stg.), Chauffeur (verh.), Invaliden f. l. Arbeiten, Lithograph u. Zeichner, Monteure, Steinmetzer.

b) Offene Stellen: Berg- u. Hüttenarbeiter, Dachdecker, Friseure, Hutmacher, Klempner und Installateure, Laufburschen, Maler u. Anstreicher, Maurer, Ringofenbrenner, Schmiede, Tischler, Zimmerer.

Abteil. Lehrlinge (Landratsamt, Zimmer 6).

a) Stellensuchende: Maurer, Schlosser.

b) Offene Stellen: Bäcker, Dachdecker, Drogenlehrling, Friseure, Gärtner, Holzbildhauer, Installateure, Klempner, Polierer u. Dekorateur, Maler, Sattler, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Tischler.

Weibliche Abteilung (Plan 7, Zimmer 4).

a) Arbeitsuchende: Bureaugehilfinnen, Frau zum Ausbessern, Krankenpflegerin, Lehrmädchen f. Geschäft, Plätterinnen, Reklamierinnen, Waschfrauen, Wirtschafterin, geb., 25 Jahre.

b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen aller Berufsgruppen, Hausmädchen für Güter, Küchen-, Haus- und Zimmermädchen für Hotels im Harz, Küchenmädchen für Güter, Köchinnen für Privat und Hotels, 1 Kaffeeköchin und 1 Bäckchin für Kurhaus im Harz, Mädchen für Stallarbeit, Mamsells f. Güter, Stütze für Gut und Privathaus, Wirtschafterin für Lehrerhaushalt, Weißnäherin für Schnittwaren-geschäft, Stenotypistinnen. 423

Landwirtschaftl. Abteilung (Herrenstr. 10):

a) Arbeitsuchende: Aufseher (verh.) Flurhüter (verh.), Flurhüter (led.), Hofmeister, Gespannführer (verh.), Gutsverwalter (verh.), Gutsschmiede (verh.), Gutszimmermann (verh.), Tagelöhner (verh.), Schweizer (verh.), Schäfer (verh.), Schäferlehrling, Obergärtner (verh.), Gärtner (verh.), Gärtner (led.), mehrere Oberrealschüler und Gymnasiasten suchen für die Ferienzeit Feldarbeit.

b) Offene Stellen: Eleven oder jüng. Verwalter, Knechte, led. (dringend), Schmitter ohne Familie, Unterschweizer, Landarbeiterinnen.

Bekanntmachung.

Anträgen auf Bevorratung mit Briketts für den kommenden Winter zur Heizung von Geschäftsräumen, Werkstätten usw., kann vorerst, um eine gleichmäßige Verteilung der dem Versorgungsbezirke zugewiesenen Kohlenmengen zu ermöglichen, nicht stattgegeben werden. Es dürfen vielmehr die Kohlenhändler bei fahrenweiser Anlieferung nur den grundsätzlichen Hausbrandbedarf (zirka 30 Zentner) anliefern.

Eisleben, den 21. Juli 1922. 426

Der Magistrat.

Hochaktuell! Soeben erschien! Hochaktuell!

E. PREOBRASCHENSKI:

Die Ergebnisse der Genueser Konferenz und die wirtschaftlichen Aussichten Europas

Der Verfasser, Mitglied der russischen Delegation in Genua, behandelt in dieser Schrift folgende Fragen: 1. Die Kräftegruppierung und das Interessenverhältnis verschiedener Staaten vor der Genueser Konferenz / 2. Sowjetrußland und die Genueser Konferenz / 3. Die Genueser Tagung / 4. Die kapitalistische Disziplin / 5. Die Ergebnisse der Genueser Konferenz für Sowjetrußland / 6. Die Zukunftsaussichten

Preis 30.— Mark (Organisationsausgabe 18.— Mark)

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Auslieferung der Organisationsausgabe an die Organisationen d. KPD. durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17 *523

Zur Beachtung! Zur Beachtung!

Brennholz-Verkauf betreffend.

Unsere Kundschaft machen wir hierdurch bekannt, daß wir den **Brennholz-Kleinverkauf** für gesägtes, gespaltenes und Ausspaltholz bis auf Weiteres einstellen müssen, wozu uns folgende Gründe zwingen:

In der Erwartung, daß wir wie in früheren Jahren, auch dieses Jahr unseren Bedarf in Brennholz aus den nächstgelegenen Staatsoberförstereien erhalten können, haben wir größere Lieferungsverträge auf Brennholz abgeschlossen.

Die Staatsoberförstereien haben jedoch alle Brennholzhändler wider Erwarten bei den bis jetzt stattgefundenen Auktionen vom Bieten ausgeschlossen, weshalb wir unsere Verträge von dem zum Teil auf dem Hofe lagernden Nutzholze — nach dessen Verarbeitung — erfüllen müssen.

Die Maßnahmen der Staatsoberförstereien sind uns unerklärlich, da viele der armen Bevölkerung Sangerhausens finanziell nicht in der Lage sind, einen Raummeter, geschweige eine Fuhre Brennholz kaufen zu können und darauf angewiesen sind in Körben oder Zentnern ihren Brennholzbedarf von Fall zu Fall zu decken. Wir bedauern dies um so mehr als diese Maßnahmen der Staatsoberförstereien nur die Aermsten der Armen betrifft.

Der **Späne-Verkauf** findet weiter an den schon bekannten Tagen statt, solange der Vorrat reicht. 42

Hermann Borrmann, Holzhandlung, Sangerhausen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 22. Juli 1922

Das Gewerkschaftskartell gegen das neue Sozialistengesetz

Das Referat des Genossen Wielepp über „Die politische Lage" brachte eine eingehende Aussprache, in der die Auffassung der einzelnen Gewerkschaftsführer zum Ausdruck kam. Genosse Wielepp vertrat natürlich die Haltung der USPD. und konnte es nicht unterlassen, die vom ADGB. und besonders von der „Freiheit" über die KPD. verbreiteten Unwahrheiten zu wiederholen. Sein Referat ist gekennzeichnet durch den Satz: Die Dinge, wie sie liegen, sind nicht abzuändern. Die Verhältnisse sind stärker als wir. Die Genossen Grabow und Urban zeigten die politische Lage und die schwere Schuld, die die beiden sozialistischen Parteien und der Vorstand des ADGB. durch Fallenlassen des Berliner Abkommens an der Gewerkschaftsbewegung sich aufgeladen haben. Durch diese Politik wird systematisch das Vertrauen der Arbeiterschaft zur eigenen Kraft und zu den Organisationen untergraben. Flucht von den Gemeinde- und Staatsarbeitern sprach sich gegen die Kontrollausschüsse aus. Die SPD. ist nur deshalb in den Kontrollausschuß gegangen, um denselben zu „überwachen", damit keine Dummheiten gemacht werden. **Es ist eine Unmöglichkeit, daß man Kartellbelegierte oder Gewerkschaftsfunktionäre in die Kontrollausschüsse bringt und daß sie nun Bestimmungs- und Ausführungsrecht haben sollen.** Schaumburg, der neue Angestellte der Transportarbeiter ist der Ansicht, daß die USPD. noch vor dem Zusammentritt des Reichstages sich mit der SPD. verschmelzen muß. Er mußte sich vom Kollegen Freiberg sagen lassen, daß im Kartell noch keine üblere Hetzrede gegen die Kommunisten gehalten worden ist. Die Resolution des Kollegen Wielepp wurde abgelehnt, dagegen wurde die des Genossen Grabow angenommen.

„Das Gewerkschaftskartell Halle a. S. erblickt in dem vom Reichstage beschlossenen Gesetze zum Schutz der Republik eine **der gefährlichsten Waffen gegen die organisierte Arbeiterschaft.** Das Gesetz wirkt wie ein Hohn auf das Abkommen der Berliner Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften und der Arbeiterparteien vom 27. Juni 1922. Nicht eine einzige der in dem Abkommen aufgestellten Mindestforderungen ist als zwingende Bestimmung in dem Gesetz aufgenommen worden. Genau so, wie die Verordnung des Präsidenten Ebert zum Schutze der Republik vom 28. Juni 1922 in ihren fundamentalsten Bestimmungen, den §§ 1 und 2 nur Kann-Bestimmungen enthält, die Grundbedingungen für die Erfolglosigkeit in sich trägt, indem durch die Verordnung selbst den reaktionären Behörden der Wink gegeben wurde, sie nicht anzuwenden, genau so bewegt sich das jetzt vom Reichstage beschlossene Gesetz auf dem Boden der Möglichkeiten. In keinem Punkte rückt das Gesetz den reaktionären Monarchisten ernsthaft zu Leibe. Dagegen bietet das Gesetz die Möglichkeit, in seiner ganzen Schärfe gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Schützer der republikanischen Staatsform angewendet zu werden. **Die Kartellversammlung stellt fest, daß der Bundesvorstand die aufgestellten Forderungen, für die die gesamte Arbeiterschaft zweimal machtvoll demonstriert hat, in keiner Weise durchgeführt hat. Diese Haltung des Vorstandes des ADGB. führt zu einem immer stärkeren Mißtrauen der Arbeiterschaft zu der Macht der Gewerkschaften ist also gewerkschaftsschädigend. Die Versammlung erhebt daher schärfsten Protest gegen das Gesetz und fordert vom ADGB. und den Arbeiterparteien, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Aufhebung des Gesetzes erwirken, noch ehe es in Kraft tritt.**

Die Versammlung fordert, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik geschaffen wird, das dem Berliner Abkommen entspricht, und daß außerdem den vor den Arbeiterorganisationen geschaffenen und noch zu schaffenden Aktionsausschüssen das gesetzliche Recht zur Mitwirkung bei der Einziehung der Waffen der Monarchisten und ihrer Vereinigungen, sowie das gesetzliche Recht zu allen Handlungen gegeben wird, die zur Abwehr einer Bekämpfung und zur Abwehr einer Vorbereitung zum Sturze der republikanischen Staatsform geeignet sind, insbesondere, daß gesetzlich festgelegt wird, **daß die Polizeiorgane dem Rufe eines Aktionsausschusses zur Ausführung der vorbezeichneten Abwehrhandlungen Folge zu leisten haben.**

Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde zurückgestellt. Der vom Kartellvorstand eigenmächtig als Hilfskraft bereits am 1. Juli angestellte Jugendgenosse Oelschläger wurde bestätigt.

Der Gastwirtsgehilfen- und Buchbinderstreik wurde eingehend besprochen. Das Kartell fordert die Hallische Arbeiterschaft auf, beide Streiks tatkräftig finanziell zu unterstützen, besonders aber den Anordnungen des Gastwirtsgehilfenverbandes nachzukommen.

1. Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig

Von unserem zum Sportfest entsandten Redaktionsmitglied.

Dr. Leipzig, 22. Juli.

Reges Leben und Treiben herrscht an den Straßen Leipzigs. Proletarische Turn- und Sportgenossen durchziehen gruppenweise die Stadt. Auf den Straßen zum Festplatz herrscht ein äußerst lebhafter Verkehr. In endlosen Zügen marschieren die Teilnehmer mit Musik zum Festplatz. Die Arbeiterviertel sind reich geschmückt. 66 Sonderzüge aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande sind bereits eingetroffen. Heute vormittag kamen elf Sonderzüge aus der Tschechoslowakei. Die ersten ausländischen Organisationen aus Finnland treffen bereits am Dienstag ein. Am Freitag die norwegischen Delegationen. Heute werden noch Vertreter aus Frankreich und Belgien erwartet. Der Festplatz befindet sich auf dem riesigen Ausstellungsraum der Reitzenhiener Straße, auf dem die Bugra 1914 durch den Weltkrieg ein jähes Ende fand. Der Festplatz ist bereits heute tüchtig bevölkert. Etwa 80 000 Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportvereins haben ihre Teilnahme am Fest angemeldet. Aus dem Auslande werden bis jetzt 12 000 anwesend sein. Diese Zahl übertrifft alle Erwartungen. Die Zahl der Teilnehmer an den Freiübungen ist annähernd 30 000. Heute vormittag begann das Massenprobeturnen. Um 8 Uhr wurde die reichhaltige Bundesausstellung eröffnet. Zum Festzug am Sonntagnachmittag werden Hunderttausende von Besuchern erwartet. Wir werden über das Fest täglich berichten.

Parteinachrichten

Achtung, Distriktskassierer!

Alle Distrikte müssen bis zum Sonnabend, dem 29. Juli, unbedingt für Juni im Sekretariat abrechnen.

Ortsleitung der KPD.

Ein neues Lohnabkommen für die Angestellten

Die Verhandlungen über die Gehaltssätze des Ortstarifes für die kaufmännischen und technischen Angestellten gelangten gestern nach zehnstündigen, zum Teil recht lebhaften Beratungen zum Abschluß mit dem Ergebnis, daß die neuen Gehälter, für alle Gruppen vollständig neue Sätze, bereits ab 1. Juli gelten.

Die neuen Tarifsätze sind in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Harz 42/44, Zimmer 19, von Mitte nächster Woche an erhältlich.

Für die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten findet für die am Ortstarif beteiligten Gruppen am Dienstag, dem 25. Juli, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Harz 22/44, eine Mitgliederversammlung statt, in welcher das Verhandlungsergebnis genau bekanntgegeben wird.

Ein staatlicher Betrieb als Korruptionssumpf

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung ist nichts weiter als ein zum Himmel stinkender Korruptionssumpf. Auf dem Boden dieser Ordnung entwickeln sich Schmarotzerexistenzen, denen Gunst und Profit ein müheloses Leben schaffen. Bestechungen und kriechendes Gewürm sind tägliche Erscheinungen nicht nur in den bürgerlichen Privatbetrieben, sondern auch bei den staatlichen Behörden. Selbst hohe und höchste Beamte haben keine Bedenken, ihre Stellungen gegenüber den von einer Behörde abhängigen Betrieben und Geschäften zu mißbrauchen und materielle Vorteile für sich herauszuschlagen.

Als ein ganz ungeheuerlicher Korruptionssumpf hat sich die hiesige (staatliche) Bahnhofswirtschaft entpuppt. Was dort getrieben wird, darf der Oeffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden. Wir bringen hier einige Proben aus diesem Sumpf zum Abdruck, die auf sehr starke Verpflichtungen gegenüber den höheren Beamten hinweisen.

Am 18. Juli 1921 fand ein Abschiedsessen des Regierungsrats Heinze, des Dezernenten für die Bahnhofswirtschaft, statt. An diesem Essen nahmen 17 Personen teil. Daß für diese hohen Herrschaften nur die feinsten Gerichte hergestellt wurden, versteht sich von selbst. Das Menü bestand aus:

Suppe, Fisch (Schleie), Braten und Nachtisch à 11 Mk.	187 Mk.
12 Flaschen Rotwein (1909 und 1911) à 5 Mk. . . .	60 Mk.
16 Bohnenkaffee à 1 Mk.	16 Mk.
Zusammen:	263 Mk.

Während zu damaliger Zeit eine Flasche 1909er und 1911er Rotwein (also feinster Bordeaux) etwa 75 Mk. kostete, eine Suppe 3,50 Mark, ein Fisch-(Schleie)Gericht 20 Mk., ein Braten 20 Mk., ein Bohnenkaffee (Kännchen) 8 Mk. und ein Nachtisch 5 Mk. kostete, brauchte der Herr Regierungsrat als Dezernent für ein Abschiedsessen mit 17 Personen im ganzen nur 263 Mark zu bezahlen. Welche „Gefälligkeiten" muß der Regierungsrat dem Bahnhofswirt erwiesen haben, wenn dieser ihm bei einem Abschiedsessen in dieser Weise entgegenkommen mußte?

Es ist selbstverständlich, daß nur höhere Beamte, vom Regierungsrat aufwärts, in der Bahnhofswirtschaft so billig essen können. Die mittleren und unteren Beamten würden sich an diesen Speisen höchstens den Magen verderben. Denn wenn sie das vertilgen sollten, was ein Regierungsrat aus Magdeburg zu einem Mittagsmahl verzehrt, würden sie sich mit ihrem zusammengeschrumpelten Magen buchstäblich „totessen". Dieser Regierungsrat vom Präsidium Magdeburg kommt etwa jeden Monat einmal her (jedenfalls wegen des billigen Essens). Kürzlich dürfte er den Rekord geschlagen haben. Er verzehrte: **eine Suppe mit Mark und Ei** (damaliger Preis 10 Mk.), **zwei Ragout fin** (à 18 Mk.), **zwei Kalbskotelett** (à 25 Mk.), und **ein Omelett souf.** (25 Mk.). **Er brauchte aber für alles zusammen nur 25 Mk. zu bezahlen.** Ein anderer höherer Beamter vom Präsidium Magdeburg verzehrte kürzlich eine Suppe (10 Mk.), einmal gebratenen Fisch (15 Mk.), ein Holsteiner (45 Mk.) und Nachtisch (10 Mk.) und brauchte für **alles zusammen nur 20 Mk. zu bezahlen.**

Im Hauptbahnhof befindet sich noch ein „Fürstenzimmer", das früher für „unsere" lieben Herrscher immer bereit stand. Heute übernachten in diesem Zimmer die höheren Beamten, wenn sie sich auf Reisen befinden. Ihre Diäten von einigen Hundert Mark reichen nicht aus, um im Hotel zu übernachten. Die Bahnhofswirtschaft kommt ihnen noch besonders „entgegen", indem sie für das Frühstück des „hohen Gastes" außer dem unentgeltlichen Schlafen **nur 3,50 Mk. berechnet. Das Frühstück besteht aus einer Portion Kaffee (9 Mk.), einem Brot mit Schinken** (12 bis 15 Mk.) **und einem Brot mit Wurst** (10 bis 12 Mk.).

Aber auch den höheren hier diensttuenden Beamten wird Gelegenheit gegeben, für wenig Geld gut zu Mittag zu essen. Es gibt zwei Arten Menus. Das billigere wird jeden Tag von etwa zehn bis zwölf höheren Beamten eingenommen und kostet 18 Mk., während das teuere von einigen noch höheren Beamten eingenommen wird und 25 Mk. kostet. Das billigere Menü für 18 Mk. besteht aus: Königssuppe (3,50 Mk.), Rumpfsteak mit Meerrettich (40 Mk.) und Nachtisch oder Kaffee mit Kuchen (8 Mk.) oder Butterbrot mit Käse (4,75 Mk.). Das andere Menü für 25 Mk. und für die noch höheren Beamten wird selbstverständlich noch besser zubereitet und ist noch reichhaltiger.

Der Wirt, der sich in dieser Weise den höheren Beamten „erkenntlich" zeigt, ist Herr Emil Naumann, der ebenfalls jetzt in dem Abwehrkampf der Gastwirtsangestellten diese ausgesperrt hat und sie nicht wieder einstellen will. Daß er diese Angestellten nicht wieder einstellen will, hat seine tieferen Gründe. Denn Herr Emil Naumann hat seine weiblichen Angestellten schon immer sehr schlecht bezahlt, um sie für seine sinnlichen und lüsternen Begierden gefügiger zu machen, d. h. mit seinem Geld versuchte er, die Mädchen zu Dirnen herabzuwürdigen. Den Lebensmittelvorratsraum hielt er für den geeignetsten Raum, um die Mädchen in unsittlicher Weise zu berühren.

Es wäre natürlich vollkommen verfehlt, den Bahnhofswirt Naumann allein für die ungeheuerlichen Mißstände verantwortlich zu machen. Es scheint vielmehr, daß hier ein Herd schlimmster Korruption sich ausgebreitet hat, in dem eine ganze Reihe von höheren Beamten eine bedeutende Rolle spielen. Gegen alle beteiligten Personen muß mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden. Wir fordern daher, daß dem Wirt auf Grund der hier mitgeteilten Tatsachen **sofort die Konzession entzogen** wird und daß von der Staatsanwalt alle Beamten, die in der oben angegebenen Weise begünstigt wurden, zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Kampf im Gastwirtsgewerbe geht weiter

Die durch Eingreifen des Gewerkschaftskartells und Magistrats zustande gekommenen Lohnverhandlungen im Gastwirtsgewerbe endeten damit, daß 24 Stunden später die Gastwirte das von den Angestellten in Vorschlag gebrachte Schiedsgericht abgelehnt haben. Damit haben die Hallischen Wirte von neuem bewiesen, daß ihnen an der Wiederherstellung des Wirtschaftsfriedens gar nichts gelegen ist. Die Angestellten hatten sich bereit erklärt, den Spruch dieses Schiedsgerichts, das aus drei Vertretern der Wirte, drei Vertretern der Angestellten und drei unparteiischen Richtern bestehen sollte, anzuerkennen. Worum haben nicht auch die Wirte dieses Schiedsgericht anerkannt? Fürchten sie dessen Spruch? Die Hallische Bevölkerung mag sich selbst ein Urteil darüber bilden, wer Schuld daran ist, daß der Kampf fortgesetzt wird. Siemag aber daraus ersehen, welchen reaktionären Gast- und Cafehausbesitzern sie ihre Groschen hinträgt und die Konsequenzen ziehen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Übt Solidarität, unterstützt die Gasthausangestellten in ihrem schweren Kampfe und meidet alle Lokale der Stadt und Umgebung die Angestellte beschäftigen.

Die Lohnkommission schickt uns einen Schiedsspruch zu der flipp und klar beweist, wie berechtigt die Forderungen der Kellner sind. Wir veröffentlichen den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Duisburg wegen seiner prinzipiellen Stellungnahme zu dem Bedienungsgeld im Wortlaut:

„Auf Grund der eingehenden Verhandlungen in der heutigen Beratung hat sich der Schlichtungsausschuß dahin entschieden, daß die Einführung des Berliner Entlohnungssystems in Duisburg nicht zu empfehlen ist und daß das bisherige Verfahren den Vorzug verdient und beizubehalten sei. Der Ausschuß ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß die fortgesetzten Lohnkämpfe im wesentlichen darauf hinauslaufen, das Trinkgeldwesen zu beseitigen. Es liegt diesem gesunden Gedanken das Streben zugrunde, die Stellung des Angestellten im Gastwirtsgewerbe zu heben, ihm von seiten des Arbeitgebers eine angemessene Entlohnung zu sichern und seine Bezahlung nicht dem Gast zu überlassen. Wenn das Berliner Entlohnungssystem eingeführt würde, so ist zwar das Trinkgeld dem Namen nach beseitigt, der Gast hat aber zu seiner Rechnung einen **Zuschlag zu geben, der nichts anderes als ein verschleiertes Trinkgeld darstellt.** Der Ausschuß stand auf dem Standpunkt, daß, wenn nun einmal das Trinkgeldwesen beseitigt werden soll, dies nachdrücklich und in einer solchen Form geschehen muß, die das Trinkgeld nicht auf andere Weise in verschleierter Form wieder aufleben läßt. Dies ist beim Berliner System der Fall, und es war daher zu erkennen, daß seine Einführung in Duisburg nicht zu empfehlen ist."

Wir haben allerdings nicht die Hoffnung, daß dieser Schiedsspruch auf die profitgierigen Hotel- und Kaffeehausbesitzer irgendwelchen Eindruck macht. Denn auch der Schlichtungsausschuß in Halle hatte ja schon einen ähnlichen Schiedsspruch gefällt, den die Gastwirte aber nicht anerkannten und darauf die Angestellten aussperrten. Die Arbeiterschaft kann die Wirte eines anderen belehren, wenn sie Solidarität übt. Wenn die Arbeiterschaft alle Lokale meiden würde, wäre der Kampf zugunsten der Angestellten längst entschieden.

Zum Streik der Buchbinder und Papierverarbeiter

Zu einer Einigung ist es durch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß nicht gekommen. Die Verhandlungen sind auf Mittwoch, den 26. Juli, vertagt, weil am Freitag zur selben Zeit diese Angelegenheit zentral dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung vorgelegen hat.

Kolleginnen und Kollegen! Steht fest! Ihr wißt, um was es geht. Die Arbeitgeber wollen unseren Kollegen und Kolleginnen in den Tarifsätzen die 46stündige Arbeitswoche nehmen. Das werden sich unsere Kollegen und Kolleginnen nicht gefallen lassen. Die organisierten Arbeiter stehen fest. Nur wenige Streikbrecher haben sich gefunden, die den in Not geratenen Arbeitgebern zu Hilfe kommen. Bedauerlich ist es, daß es gerade Töchter politisch organisierter Väter sind.

In der „Halleschen Zeitung" müssen alle Schreibmaschinen-Fräuleins Buchbindereiarbeiten verrichten. Bei der Firma Karl Warneke schneidet ein gewisser Ebeling Papier. Sonst ist er Reisender und wohlbestellter Vertreter der Firma. Streikbrecherarbeit leistet auch ein Herr Kaßler, in Hendels Verlagsbuchbinderei, der mit Frau und Sohn sich als ein nützliches Glied der heutigen Gesellschaft betrachtet.

Kollegen und Kolleginnen! Seht Euch alle diese Streikbrecher an und meidet jeden Verkehr mit ihnen. **Die Streikleitung.**

* **Die „christliche Nächstenliebe"** wird in den Missionsheimen für junge Mädchen nur dann und solange geübt, soweit sie noch über irgendwelche Barmittel verfügen. Sind diese verbraucht, oder kommen sie gar ohne Mittel dorthin, um in ihrer Verzweiflung und Not Zuflucht zu suchen, so kehrt man sich sehr wenig an die Lehren der Kirche. So suchte am Sonnabend ein Mädchen mit ihrem sechs Wochen alten Kinde im evangelischen Missionshaus am Weidenplan Zuflucht, nachdem diese herrliche Gesellschaftsordnung für sie keinen Platz (Wohnung) mehr hatte. Als man ihr alles Geld abgenommen hatte, wies man ihr ein Bett zu, das wohl in den letzten zwölf Monaten keine frische Bettwäsche gesehen hat. Die armen Mädchen sind vollkommen der Willkür der „christlichen Schwestern" ausgesetzt. Sie werden den ganzen Tag über beschäftigt, man läßt ihnen nicht einmal soviel Zeit, daß sie sich nach einer Stellung umsehen können. Selbst Sonntags haben sie keine freie Stunde. An diesem Tage müssen sie dem „lieben Gott" in Gebeten danken, daß sie in einem christlichen Heim Aufnahme gefunden haben. Wer sich von diesen Gebeten ausschließt, den setzt man sehr schnell wieder an die Luft. Das Beten ist neben der vielen Arbeit das Wichtigste. Die kleinen Kinder können sich während der Zeit, wo die Mutter abwesend sein müßen, blau schreien. Um sie kümmert sich keine „Schwester". Es ist höchste Zeit, daß diese „christlichen Missionsheime", die noch nie Gutes getan haben, von der Bildfläche verschwinden.

* **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Gruppenversammlung: Industriegruppe 12 (Staatliche und kommunale Betriebe und Behörden) am Montag, dem 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a. Wichtige Versammlung aller Betriebsräte. In Frage kommen alle Betriebsräte des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Quartalsversammlung am Dienstag, dem 25. Juli, 8 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

* **Volkspark.** Heute abend Sommerfest der Holzarbeiter. Morgen, Sonntag, nachmittag Sommerfest des Sportkartells. Außerdem findet Gartenkonzert und Ball statt.

* **Zum neuen Spieljahr der Volksbühne.** Auf vielfache aus dem Publikum eingehende Anfragen wird nochmals bekanntgegeben, daß die regelmäßigen Aufführungen im kommenden Spieljahr (Schauspiel und Oper) im Stadttheater stattfinden. Soweit Aufführungen im Thalia-Theater zur Darbietung kommen, sind sie für die Mitglieder nichtabnahmepflichtig. Der Spielplan ist aus den Säulenanschlägen zu ersehen. Die Erneuerung der Mitgliedskarten bzw. Neuanmeldungen sind umgehend zu vollziehen. Die Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, ist für den Verkehr an Wochentagen von 9 bis 1 und von 3 bis 5 Uhr geöffnet.

Löbejün

Steinarbeiterversammlung. Der hiesige Zweigverein des Steinarbeiterverbandes nahm in seiner gestrigen Versammlung Stellung zum Abschluß eines neuen Lohntarifs. Gefordert wird ein Zuschlag von 60 Prozent auf die Tullöhne. Die Vierteljahresabrechnung gab zu keiner Debatte Veranlassung. Dagegen wurde die jammervolle Schreibweise des „Steinarbeiter" scharf kritisiert. Das Gesetz zum Schutz der Republik nennt dieses Arbeiter-Fachorgan einen „vollen Erfolg". Die bösen Kommunisten bekommen von diesem Zeilenschinder schwere Prügel, bis eines schönen Tages der Geduldsfaden reißt. Zum Schluß wurde der Gründung eines Gewerkschaftskartells zugestimmt.

Plötz bei Löbejün

Schwerer Unglücksfall. Der hiesige Steinkohlenschacht, genannt Unglücksgrube, hat wieder ein Opfer gefordert. Durch niederfallendes Gestein wurden dem Bergarbeiter Meißner aus Trebbichau Rücken und Beine gebrochen. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verschied der Unglückliche. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder. Hier wäre eine genaue Revision seitens der Bergpolizei sehr angebracht.

Aus dem Geschäftsverkehr

Nutze dein Herdfeuer heißt ein Vorschlag, den die Firma Henkel u. Cie., die Herstellerin des selbsttätigen Waschmittels Persil, der Hausfrau macht.

In unserer Zeit der Teuerung ist ein Haushalten mit Kohlen und Feuerungsmaterial dringend erforderlich. Durch die Erledigung der Wäsche auf dem täglichen Herdfeuer macht die praktische Hausfrau in der Tat erhebliche Ersparnisse an Zeit und Kohlen. Das selbsttätige Waschmittel Persil reinigt und bleicht die Wäsche bekanntlich in einmaligem kurzen Kochen und verleiht ihr den frischen Duft der Rasenbleiche; es desinfiziert sie zudem zuverlässig schon in handwarmer Lauge (wichtig für Wollstoffe und Buntwäsche).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz

An die Ortsgruppen

Noch immer haben eine Anzahl Ortsgruppen die Fragebogen für den Monat Juni nicht eingesandt. Es sind dies die folgenden:

Saalkreis: Döllnitz, Hohenthurm, Lebendorf, Merkewitz, Osmünde-Gröbers, Petersberg, Kütten.

Kreis Bitterfeld: Ostrau, Petersroda, Pouch, Queß, Sandersdorf, Thalheim, Zörbig.

Kreis Delitzsch: Portitsch, Queis.

Die Vorsitzenden dieser Ortsgruppen werden ersucht, für die schnelle Einsendung zu sorgen. Die Bezirksleitung der KPD.

Ehrung der Märzgefallenen in Bachra

Parteigenossen und -Genossinnen! Als vor einigen Wochen Genossen von Naumburg, Freyburg, Merseburg und Halle das in Bachra liegende Grab der dort ermordeten sechs Genossen besuchten, und dieses im total verwilderten Zustande antrafen, gelobten sie sich, es sofort in Ordnung zu bringen und mit einem Gedenkstein zu schmücken.

Dem Gelöbnis folgte die Tat.

Am Sonntag, dem 30. Juli, soll nun die Weihe des Gedenksteines erfolgen. Deshalb rufen wir die Genossen und Genossinnen auf, schließt Euch der Fahrt nach Bachra an!

Ehrt unsere Toten, indem Ihr ihre Gräber besucht und auch mit pflegen helft!

Die Fahrt nach Bachra muß eine Massendemonstration werden, eine lebendige und wuchtige Anklage gegen die Mörder und deren Anstifter. Vergeßt nicht, daß Bachra in einem scheinbar weltvergessenen Winkel liegt, wo die „Dreieinigkeit" Pfaffe, Lehrer und Gemeindevorsteher versuchen, „ihr Volk" in der Dummheit, also auch zum tiefsten Hasse gegen alles, was fortschrittlich denkt, zu erziehen. Deshalb Genossen: Auf nach Bachra!

Abfahrt 5 Uhr morgens von Naumburg. Um 9 Uhr beginnt die Weihe. 10 Uhr morgens Rückmarsch nach Wiehe. Heimfahrt von Roßleben 10 Uhr abends.

Die Ortsgruppen Roßleben, Wiehe usw. müssen spätestens um 9 Uhr in Bachra eintreffen.

Die Ortsgruppen Halle, Merseburg, Weißenfels usw. müssen sich so einrichten, daß sie den 5-Uhr-Zug morgens erreichen können, weil sonst keine andere Verbindung besteht. Alle Gruppen, die schon Sonnabend in Naumburg eintreffen, wollen sofort die Zahl der Beteiligten zwecks Beschaffung von Nachtquartieren melden an den Genossen Walter Fiekert, Naumburg a. S., Reuzenplatz 17.

Streikbeschluß der Zimmerer der Baufirmen beim Leunawerk

Am Freitag nachmittag wurde in einer Vollversammlung der Zimmerer mit 170 gegen 46 Stimmen der Streik beschlossen. Die Unternehmer hatten bekanntlich die 7 Mark Lohnerhöhung abgelehnt. Die Zimmerer bei der Firma Karl Lingesleben hatten um ½3 Uhr, bereits vor der Versammlung, die Arbeit niedergelegt. Die Streikleitung.

Bitterfeld

Der fehlte uns noch. Als Kommandeur der hiesigen Schutzpolizei ist der bisherige Kommandeur der Naumburger Schutzpolizei, Polizeimajor Kukutsch nach hier versetzt worden. Als Naumburger Polizeihäuptling wurde der bisherige Weißenfelser Schutzkommandeur, Major Baer, bestimmt. So sieht die Reinigung der Schupo aus. Polizeioffiziere, die sich in ihren bisherigen Standorten durch ihr monarchistisches Verhalten unmöglich gemacht haben, werden nicht entlassen, sondern versetzt. Die Bitterfelder Arbeiterschaft wird die Augen offen halten, damit die Bäume des Naumburger Polizeimajors in Bitterfeld nicht in den Himmel wachsen. Die republikanischen Schupobeamten in Bitterfeld fordern wir aber heute schon auf, bei dem Bemerken irgendwelcher monarchistischer oder antirepublikanischer Tendenzen den Weg in die Oeffentlichkeit zu beschreiten. Sie werden hierbei die vollste Unterstützung der Arbeiterschaft und deren Presse finden.

Das erste Bundesturnfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

III.

Im Anschluß an den Artikel zum Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes lassen wir eine Besprechung der einzelnen Arbeiter-Sportverbände, nach den von ihnen gestellten Aufgaben und Zielen folgen. Die einzelnen Sportverbände sind wieder zu einer großen Organisation zusammengefaßt, so daß der Arbeitersport mit seinen vorhandenen guten Organisationen zu einer Macht geworden ist, an der die breite Oeffentlichkeit nicht mehr achtlos vorbeigehen kann.

Die gesamte deutsche Arbeiter-Sportbewegung ist zusammengeschlossen worden in der „Zentralkommission für Sport und Körperpflege". In dieser sind vereinigt: Erstens der „Arbeiter-Turn- und Sportbund" mit 500 000 Mitgliedern und 150 000 turnenden Kindern in 4200 Ortsgruppen. Zweitens der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" mit etwa 190 000 Mitgliedern. Drittens der „Arbeiter-Athletenbund" mit 30 000 Mitgliedern. Viertens der „Arbeiter-Wassersportverband" mit ebenfalls 30 000 Mitgliedern. Fünftens die internationalen Arbeiterwanderer die „Naturfreunde" mit 90 000 Mitgliedern. Sechstens der Verband „Volksgesundheit" mit 10 000 Mitgliedern. Siebentens der „Arbeiter-Samariterbund" mit 12 000 Mitgliedern. Zusammen eine Zahl von rund 900 000 Köpfen. Die Zentralkommission als solche ist mit sämtlichen in ihr zusammengefaßten Verbänden dem „Internationalen Arbeiterverband für Sport und Körperkultur" angeschlossen. Der Internationale Arbeiterverband für Sport und Körperkultur hielt nach dem Kriege zum ersten Male wieder seine Tagung im September 1920 in Luzern ab. Neben den Organisationsfragen galt es im besonderen, ein neues Programm aufzustellen. An dieser Stelle soll die prinzipielle Erklärung wiedergegeben sein, die ein offenes Bekenntnis gegen den Militarismus in allen Ländern bildet und namentlich den noch in bürgerlichen Vereinen sitzenden Arbeitern nicht warm genug zum eingehenden Studium empfohlen werden kann:

„Der Internationale Arbeiterverband für Sport- und Körperkultur wird gebildet aus den Landesverbänden der körperlichen Erziehung, Turnen, Sport und Wandern. Sein Zweck ist die Pflege der Leibesübungen für Sport, Turnen und Wandern innerhalb der Arbeiterschaft und ganz besonders unter der Jugend beiderlei Geschlechts zu propagieren; ist doch die körperliche Erziehung ebenso unerläßlich für das internationale Proletariat wie sein moralischer Aufstieg. Die Arbeitersportbewegung ist minder wichtig als die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse; es gilt auch auf dem Gebiete der Leibesübung in allen Ländern den Kampf zu führen gegen Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann, will er alle Mittel der körperlichen Gesundung, besonders die der Leibesübung in den Dienst des Proletariats stellen, um es gesund an Körper und Geist zu machen. Da aber dieses Ziel in der kapitalistischen Gesellschaft nur unvollkommen erreicht werden kann, weil die kapitalistische Produktionsweise dem Proletariat weder die Zeit noch das Maß an Kräften gewährt, die zu einer rationellen Anwendung der Leibesübung nötig sind, so erblickt der Bund die Möglichkeit der Verwirklichung seiner Ziele erst in der sozialistischen Gesellschaft. Es können daher Personen Mitglieder des Bundes werden, die dieses Ziel erstreben."

Der Schlußsatz dieser Erklärung lautet: „Die bürgerlichen Sportverbände waren von jeher die stärksten Stützen des Nationalismus und Chauvinismus; sie haben die Jugend für den Militarismus begeistert und sind nicht zuletzt mitschuldig an dem großen Weltkriege."

Wenden wir uns den bestehenden Sportverbänden im einzelnen zu, so ist als erster und größter der schon zur Genüge besprochene Arbeiter-Turn- und Sportbund vorhanden. Mit den besten Mitteln wird innerhalb des Bundes Turnen und Leichtathletik, wie auch Spiel gepflegt, in dessen Genuß alle, ob alt ob jung, aus der Arbeiterschaft kommen können. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, zu mindestens seine Kinder in den Turnbetrieb der Arbeiter-Turn- und Sportvereine zu schicken.

Die Arbeiter-Radfahrer zeigten uns erst in den Pfingsttagen dieses Jahres, welchen Sport sie nachgehen. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens verschiedener Ortsgruppen hatten sie sich zu größeren Gautreffen hier und da zusammengefunden. Die zielbewußte Pflege und Förderung einer gesunden Sportbewegung hat gerade bei den Radlern einen großen Erfolg gehabt, wobei die ausgezeichneten Leistungen des Saalfahrsportes ganz besonders hervorgehoben werden müssen. Außerdem bietet der Radsport bei den sonntäglichen Ausfahrten Gelegenheit, unter kundiger Führung engere und weitere Umgebung kennen zu lernen. Ferner stehen die Arbeiter-Radfahrer bei vorkommenden Bewegungen der Arbeiterschaft als „Rote Kavallerie" zur Verfügung.

Die Arbeiter-Schwimmer. Nicht immer mit gutausgestalteten Badeanstalten versehen, lassen es sich unsere Schwimmer angelegen sein, ihren Betrieb im Wasser so vielseitig wie nur möglich zu gestalten. Eine durchaus wichtige und nicht zu unterschätzende Erziehungsarbeit ist das Schülerschwimmen. Nicht nur Schwimmkundige werden weiter ausgebildet, sondern vor allem das Schwimmens Unkundige werden unter größtmöglichster Wahrung und größter Sicherheit mit der Technik des Schwimmens vertraut gemacht. Die bisher überall veranstalteten Schwimm- und Wasserfeste unserer Arbeiterschwimmer legten Zeugnis ab von der Gründlichkeit, mit der man arbeitet.

Die Arbeiterkraftsportler, deren Entstehung mit der Spezialisierung der verschiedensten Sportarten begründet ist, sind bestrebt, ihrer Sportart den volkstümlichen Charakter zu erhalten, damit sie Gemeingut der gesamten Arbeiterschaft bleibt.

Die Arbeiterwanderer („Die Naturfreunde"), treiben die Touristik als Sport, sowie als Kulturförderung. Sie sind bemüht, dahin zu wirken, daß alle, die ihr Leben an den Werktagen in dumpfen Fabriken und Schreibstuben verbringen, ihre freie Zeit dazu benutzen, hinauszuwandern in der großen herrlichen Dom der Natur, um sich körperlich und geistig zu kräftigen und das Gemüt zu veredeln. Bemerkenswert ist der Einschlag vieler Mitglieder in schöngeistiger und philosophischer Beziehung, ohne jedoch nach irgendeiner Richtung einseitig zu werden. Daß natürlich die ganze Bewegung der Arbeiterwanderer vom sozialistischen Gesichtspunkt aus betrachtet wird, ist selbstverständlich. Die Naturfreunde verkörpern so immerhin eine geistig regsame Schicht der Arbeiterschaft und dieser Umstand bringt es mit sich, daß alle modernen Fragen, die den Sozialismus als Kulturfaktor, als Weltanschauung werten, eifrigst studiert werden. Dadurch unterscheiden sich die Arbeiterwanderer von den bürgerlichen sogenannten Freideutschen Jugendbewegungen, den Wandervögeln mit all seinen Abarten. Was diese jungen Menschen wollten und noch wollen, Bekämpfung des Spießbürgertums, Verbreitung neuer Lebensauffassung, werden sie nie erreichen, solange sie sich nicht dazu aufraffen die Ursache alles Uebels, die kapitalistische Gesellschaft, zu bekämpfen.

Die Arbeitersänger sind in jeder großen Stadt, wie in dem kleinsten Ort vorzufinden. Neben den gutgeschulten Männerchören werden in den Vereinen ebensolche Frauenchöre gebildet, um vor allen Dingen den Arbeitersang als geistiges Erziehungsmittel für die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zu gebrauchen. Schon so oft haben die Arbeitersänger die Feste und andere Feiern der Arbeiterschaft mit verschönert.

Der Arbeiter-Samariterbund ist eine Einrichtung der wirklichen Wohlfahrt in unserem Sinne, die sich in selbstloser Weise allen Hilfsbedürftigen zur Verfügung stellt. Sie wendet sich ab vom militaristischen Zwang, der bei den Kolonnen des „Roten Kreuzes" noch gang und gäbe ist. Der Arbeiter-Samariterbund ist aufgebaut auf dem Grundprinzip der Nächstenliebe und unterstützt die Arbeiterbewegung nach besten Kräften, wie es uns schon die Beispiele zur Genüge gezeigt haben.

Im Vorstehenden ist kurz und gedrängt gesagt, wie wir als klassenbewußte Arbeiterschaft den Sport auffassen, und wie er zu betreiben ist. Keine Sportfexerei, sondern nur körperliche Ertüchtigung zur Stählung und Kräftigung der Arbeiterschaft im allgemeinen. All das Streben gilt dem Wohl und dem Aufstieg unserer Klasse. Voll glühenden Idealismus wird der Arbeitersport im besten Sinne des Wortes für die hohen Ziele der kommunistischen Bewegung eintreten.

Briefkasten

O. Z., Jeßnitz. Nach § 1601 BGB. ist ein Sohn verpflichtet, der Mutter Unterhalt zu gewähren. Ist der Sohn verheiratet und hat er mehrere Kinder, ist er nach § 1603 BGB. nur soweit zum Unterhalt verpflichtet, als er dazu in der Lage sind.

Die Elternrente wird dann gegeben, wenn der gefallene Sohn nach § 45 RVG. vor seiner Einberufung die Mutter über die Hälfte ernährt hat oder wenn er nachweislich der Ernährer geworden wäre. Außerdem muß die Mutter bedürftig sein.

Wenn Schmalhans Küchenmeister
*628 *nur nicht den Mut verlieren!*
Makkaroni, Eiernudeln, Hörnle
sind billiger und nahrhafter als Fleisch und stets kochfertig.

In der Talamtschule beginnt am 4. September 1922 ein neuer
Kursus für Näh- u. Zuschneideunterricht.
Daran können Frauen und Mädchen aller Stände teilnehmen. Der Unterricht ist nachmittags und abends. Anmeldungen müssen baldmöglichst abgegeben werden. **Auskunft und Anmeldungen von 5 bis 6 Uhr nachmittags Große Märkerstraße 5 II.** 2981

Radfahrer-Schläuche Mäntel 2991 **billigst!!**
Gummi-Bieder, nur Gr. Steinstraße 35, Nähe Walhalla.

Raucht Zetto Gold,
in Qualität unerreichbar. 2990

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Merseburg, Sachsenfelsdtraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Lichtspiele. Täglich: **Persönliches Auftreten** von Rudi Bach, Wally Bera und Rudolf Werder in dem Filmskelch: **10 Minuten Liebe.** Außerdem: **Die Beichte einer Krankenschwester** mit Ruth Wenher. Ferner: **Gerhards Sommerreise.** Lustspiel mit Gerh. Damman u. Hans Dege. 2988 Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Nur zeitiges Kommen sichert Platz!

Neuheit! Gummi-Damenbinden leicht und elastisch beim Tanzen, Radfahren usw. Kein Wundscheuern, kein Beschmutzen der Wäsche. Spülbudchen, Kinse, Menstruationstropfen. 477 Preisliste gratis. **Versand-Germania** Landsberger Str. 5, I. Etg.

Modernes Theater B. Bernhardt's Künstlerspiele Thea Athenns Lebende 508 **Marmor-Schönheiten** in noch nie gesehener Vollendung. Raiwell Sensation. Berlin, Wien, Paris, Petersburg. Ruhend. 10 Herr. Künstl.

Fahrräder Ersatz- u. Zubehörteile Gummibereifung empfiehlt 522 **P. Krause,** Kleine Ulrichstraße 15. (vorm. Pattel & Proschowitz). Reparatur-Werkstätte mit elektrischem Betrieb.

Möbel Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, 2972 komplett, sowie alle Arten Möbel, neu und gebr., speziell Polstermöbel, preisw. zu verk. **Otto Thormann jr.,** Brüderstraße 14.

Rodezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Bücher, Papier, Zeitungen, Alt-Metalle, Alt-Eisen, Lumpen, Knochen, Flaschen usw. kauft bei streng reellem Gewicht zu höchsten Tagespreisen 2987 **W. Panecke,** Magdeburger Straße 12 (ca. 5 Min. v. Bahnhof) und Geiststraße 20 bei R. Rost (Hof). Telephon 5816. Kostenlose Abholung. Fahrtvergütung. (Bei Metallen Ausweis erforderlich).

Leinöl, Firnis, Lacke, Farben, streichfertige Oelfarben. 509 **Oelgroßhandlung Maass & Co.,** Herrenstraße 11 Herrenstraße 11.

Haussrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Alte Strickwolle kauft jedes Quantum Adolf Beer, Rohprodukte, Halle, Kutschgasse 2, Fernruf 4792. 2984

Schulbücher Schreibwaren empfiehlt die Volksbuchhandlung

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen führt sachgemäß aus, sowie Altkupfer kauftlaufend **Pfeiffer & Fritzsche,** Fernruf 4691. Halle a. S. Steinweg 4.

F. Lindenhahn, Königstraße 8. **Kochherde, Kochöfen, Dauerbrand-Oefen** in besserer und einfacher Ausführung. **Ofenrohre, Platten, sowie alle Ersatzteile. Waschkessel, la. weiß emailliert.**

Frau A. St. in M. empfiehlt als bewährtes Mittel gegen Hühneraugen, Warzen, Nachbehandlung mit „Herbo-Creme" **Hühner-Tinktur** 2977 Original-Flasche 20 Pf. Ohne Warzen. Besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien. *630

Gummi Wer sparen will, trägt **Gummisohlen und -Absätze** zum Selbstbesohlen, billiger u. haltbarer wie Leder. 486 **C. Klappenbach** Gr. Ulrichstraße 41.

Alte Strickwolle kauft jedes Quantum **Adolf Beer,** Rohprodukte, 2984 Halle a. S., Kutschgasse 2. Fernruf 4792.

Jugendschriften, empfiehlt die Volksbuchhandlung Harz 42/44.

Fellsammler für Ziegen, Hamster u. Kanin zahlt äußerst hohe Preise **Hallische Fellhandlung** G. m. b. H. Sophienstraße 40. *466 **überzeugt Euch!**

Ausgekämmtes Damenhaar kauft zu höchsten Preisen 480 **H. Krolow, Geiststr. 16.**

Schleifer-Ausschnitt Bedarfs-Artikel Werkzeuge und Gummi-Absätze 516 kauft man nur bei **Wilhelm Kranig** Lederhandlung **Neue Promenade 15**

Schlafzimmer, Küchen, Bettstellen, Pat.-Aufl.-Matratzen Sofas, Chaiselongues Spiegel 2976 zu verkaufen. **Kurt Hoffmann,** Ludwig-Wuchterer-Straße 37, kein Laden, Hof links.

Werbt für den „Klassenkampf"

KPD. Ortsgr. Lieskau. Am Donnerstag, dem 20. Juli, verschied nach schwerer Krankheit unser Genosse *634 **Wilhelm Hille** Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

23] Von John Reed

Dann kam das gewohnte Nacheinander von Delegierten aus den Ministerien, dem Verbande der Post- und Telegraphenbeamten, die zum hundertsten Male ihren festen Willen bekundeten, unter keinen Umständen für die bolschewistischen Machthaber zu arbeiten. Ein Junker, der mit im Winterpalast gewesen war, schilderte in stark aufgetragenen Farben seine und seiner Kameraden angebliche Heldentaten und das schmähliche Verhalten der Rotgardisten. Alles wurde kritiklos geglaubt. Irgend jemand las laut einen Bericht aus der sozialrevolutionären Zeitung „Narod" vor, der den im Winterpalast angerichteten Schaden auf fünfhundert Millionen Rubel veranschlagte und die angeblichen Plünderungen und Zerstörungen in allen Einzelheiten beschrieb.

Von Zeit zu Zeit kamen Kuriere mit neuen Telephonmeldungen: Die vier sozialistischen Minister seien aus dem Gefängnis entlassen worden. Krylenko sei in die Peter-Paul-Festung gegangen, um an den Admiral Werderewski die Aufforderung zu richten, das noch unbesetzte Marineministerium zu übernehmen. Der alte Seemann habe akzeptiert. Kerenski habe von Gatschina aus den Vormarsch angetreten. Die bolschewistischen Garnisonen zögen sich vor ihm zurück. Im Smolny hätten sie ein neues Dekret herausgegeben, bestimmt, die Aufgaben der Stadtduma hinsichtlich der Lebensmittelversorgung zu umgrenzen.

Diese letzte Unverschämtheit hatte einen Wutausbruch zur Folge. „Lenin, der Usurpator und Tyrann, dessen Kommissare sich der Munizipalgaragen und Vorratshäuser bemächtigt hatten, sich in die Tätigkeit der Komitees für die Versorgung mit Lebensmitteln und deren Verteilung einmischten, dieser Lenin maßte sich an, die Grenzen der Macht der „freien, unabhängigen, autonomen Stadtregierung' bestimmen zu wollen." Ein Mitglied schlug zornentbrannt vor, der Stadt die Lebensmittelzufuhr zu sperren, wenn die Bolschewiki es wagen sollten, sich in die Angelegenheiten des Lebensmittelversorgungskomitees einzumischen. Ein anderer, Vertreter der Lebensmittelversorgungskommission, schilderte die Lebensmittelsituation als sehr ernst und forderte Maßnahmen zur beschleunigten Heranführung der Lebensmittelzüge.

Dann betrat der alte Bürgermeister die Tribüne: „Genossen und Bürger! Ich erfahre soeben, daß das Leben der Gefangenen in der Peter-Paul-Festung in Gefahr ist. Vierzehn Junker von der Pawlowschule sind von den bolschewistischen Wächtern gepriügelt und gemartert worden. Einer hat den Verstand verloren. Jetzt drohen sie, die Minister zu lynchen!" Ein Sturm des Unwillens und des Schreckens brach los, der sich nur noch steigerte, als eine in Grau gekleidete, unterjetzte kleine Frau das Wort verlangte. Dies war Vera Slutskaja, eine alte Revolutionärin und ein bolschewistisches Mitglied der Duma.

„Das ist eine Lüge und Provokation," erklärte sie, die gegen sie geschleuderten Schmähungen unbeachtet lassend. „Die Arbeiter- und Bauernregierung, die die Todesstrafe abgeschafft hat, kann solche Handlungen gar nicht dulden. Wir verlangen die unverzügliche Vornahme einer Untersuchung, und wenn an den Erzählungen auch nur ein Körnchen Wahrheit sein sollte, wird die Regierung nicht verfehlen, sofort die energischsten Maßnahmen zu treffen."

Es wurde eine Kommission aus Mitgliedern aller Parteien ernannt, und in die Peter-Paul-Festung entsandt, um Erkundigungen einzuziehen. Als wir ihnen folgten, war die Duma dabei, eine weitere Kommission zu wählen, die mit Kerenski konferieren und auf ihn einwirken sollte, damit er Blutvergießen möglichst vermeide, wenn er in die Hauptstadt einziehen würde.

Es war Mitternacht, als wir die Wachen am Festungstore passierten und in dem schwachen Schimmer vereinzelter elektrischer Lampen dahinschritten, an der Kirche, wo die Zarengräber liegen und dem schlanken, goldenen Turm mit seinem Glockenspiele vorbei, das noch Monate nach der Märzrevolution nicht aufgehört hatte, jeden Mittag das „Gott erhalte den Zaren" zu spielen. Gelegentlich stießen wir auf eine in der Dunkelheit ungeschickt dahertrottelnde Gestalt. Zu unserer Linken schimmerten die dunklen Linien der Trubotzkoibastion, jenes lebende Grab, wo in den Tagen des Zaren so viele Märtyrer der Freiheit ihr Leben und ihren Verstand verloren haben, und wo nun die neue Regierung die Minister der Provisorischen Regierung eingekerkert hielt.

Ein freundlicher Matrose führte uns zum Bureau des Kommandanten in ein kleines Haus nahe dem Mint. Dort saßen in überheiztem, von Tabaksrauch erfülltem Raum um einen lustig dampfenden Samowar ein Dutzend Rotgardisten, Matrosen und Soldaten. Sie begrüßten uns mit großer Herzlichkeit und boten uns Tee an. Der Kommandant war nicht da. Er begleitete eine Kommission von „Sabotaszhniki" (Saboteuren) aus der Stadtduma, die sich's nicht ausreden lassen wollten, daß hier sämtliche gefangenen Junker gemordet würden. Die revolutionären Soldaten fanden dies zu drollig. In einer Ecke des Zimmers saß ein kahlköpfiger, aufgeregter kleiner Herr im Gehrock und soldaren Pelzmantel, seinen Schnurrbart kauend und einer gefangenen Ratte gleich um sich blickend. Er war eben verhaftet worden. Irgend jemand meinte nachlässig, daß er ein Minister oder dergleichen sei. Obwohl keinerlei Feindseligkeiten ausgesetzt, war das Männchen augenscheinlich furchtbar geängstigt.

In diesem Moment trat der Kommandant herein, ein fröhlich dreinschauender junger Unteroffizier, seinen Arm in einer Binde und tiefe Ränder von Schlaflosigkeit unter den Augen.

Zwei Soldaten verlangten ihn zu sprechen. Sie waren ein von der Festungsgarnison gewähltes Protestkomitee. Die Soldaten beklagten sich darüber, daß die Gefangenen genau so verpflegt würden wie die Wachen, wo doch die vorhandenen Lebensmittel nicht einmal ausreichten, die Mannschaften satt zu machen. „Warum sollen wir die Gegenrevolutionäre so gut behandeln?"

„Wir sind Revolutionäre, Kameraden, und keine Banditen", antwortete ihnen der Kommandant. Er wandte sich zu uns. Wir sprachen mit ihm über die Gerüchte, denen zufolge die Junker gemartert würden und das Leben der Minister bedroht sei. „Könnten wir die Gefangenen wohl sehen, um in der Lage zu sein, diesen Erzählungen entgegenzutreten?"

„Nein"!, versetzte der junge Soldat. „Ich will die Gefangenen nicht noch einmal stören. Ich habe sie eben erst wecken müssen, — sie glaubten, wir kämen, sie umzubringen. Die meisten der Junker haben wir schon freigelassen, der Rest wird morgen gehen."

„Dürfen wir mit der Dumakommission sprechen?" Der Kommandant, der sich ein Glas Tee einschenkte, nickte.

„Sie sind draußen im Saal."

So war es in der Tat. Die Kommissionsmitglieder standen draußen vor der Tür, im schwachen Licht einer Deklampe, um den Bürgermeister geschart, aufgeregt miteinander redend.

„Herr Bürgermeister", begann ich, „wir sind amerikanische Korrespondenten. Wollen Sie uns bitte offiziell das Resultat ihrer Nachforschungen mitteilen?"

Darauf der Bürgermeister:

„Die Berichte entsprachen nicht der Wahrheit. Von den Zwischenfällen abgesehen, die sich abspielten, als die Minister hier eingeliefert wurden, hat man sie durchaus rücksichtsvoll behandelt. Den Junkern ist kein Leid geschehen."

Den Newsky hinauf marschierte in tiefem Schweigen eine endlose Kolonne Soldaten — Kerenski entgegen. In den Nebenstraßen hin und her sausende Automobile ohne Licht. Verstohlenes, emsiges Treiben in der Fontanka Nr. 6, dem Hauptquartier der Bauernsowjets, in einem gewissen riesigen Gebäude auf dem Newsky und in der Ingenieurschule. Die Duma war hell erleuchtet.

Im Revolutionären Kriegskomitee im Smolny weiterleuchtete es verderbendrohend.

V

Die revolutionäre Front

Sonnabend, 10. November.

„Bürger!"

„Das Revolutionäre Kriegskomitee erklärt, keinerlei Störung der öffentlichen Ordnung dulden zu wollen.

Diebstähle, Räubereien, Ueberfälle, Pogromversuche werden streng bestraft werden.

Das Komitee wird, dem Beispiel der Pariser Kommune folgend, alle Plünderer und Aufrührer erbarmungslos auszumerzen."

Die Stadt lag ruhig. Nicht ein Ueberfall oder Diebstahl, nicht einmal das Streiten Betrunkener. Nachts gingen bewaffnete Patrouillen durch die stillen Straßen, und an den Ecken hockten um kleine Feuer Soldaten und Rotgardisten, lachend und singend. Tagsüber drängten sich auf den Bürgersteigen riesige Menschenmassen, den endlosen heißen Debatten zwischen Studenten und Soldaten, Geschäftsleuten und Arbeitern lauschend.

Bürger hielten einander auf den Straßen an.

„Werden die Kosaken kommen?"

„Nein."

„Was gibt's Neues?"

„Ich weiß gar nichts. Wo ist Kerenski?"

„Man sagt, nur noch einige Werst von Petrograd entfernt. Ist es wahr, daß die Boschewiki nach dem Kriegsschiff „Awrora" geflohen sind?"

„Ich habe so etwas gehört."

Schreiend nur die Mauern der Häuser und die wenigen erscheinenden Zeitungen: Ankündigungen, Aufrufe, Gesetze.

(Fortsetzung folgt.)

Vier Mörder

Weisend mit gemeinem Worte
Ihren blutgetränkten Stahl,
Saßen an verschwiegnem Orte
Jüngst vier Mörder beim Pokal.

„Liebknecht" — sprach der erste schneidig —
„Hab' ich heimlich weggeknallt,
Denn, wer völkisch-deutsch, macht freudig
Einen Hochverräter kalt."

„Meine Faust ward" — rief der Zweite —
„Für die Luxemburg fatal,
Und dann warf ich meine Beute
In den schmutzigen Kanal."

Drauf der Dritte: „Ehrensache
War's für mich, daß es so kam,
Und an Erzberger ich Rache
Für den faulen Frieden nahm!"

„Als wir" — prahlt der vierte Täter —
„Rathenau hinweggemäht,
Ward sogar die Mutter später
Telephonisch noch geschmäht!"

Und am Schluß des Redeschwalles
Gröhlten sie zum eignen Ruhm:
„Ueber alles, über alles
Deutschland, Ehre, Christentum!"

L. L.

Skorbut, die Hungerseuche

Ein medizinischer Mitarbeiter schreibt in der „Vossischen Zeitung":

In der letzten Zeit sind in Deutschland und auch in Berlin mehrfach Erkrankungen an Skorbut beobachtet worden. Diese Krankheit, früher eine Geißel der Seefahrer, Forschungsreisenden und der Heere, war fast völlig verschwunden. Die Krankheit beginnt meistens mit entzündlichen Veränderungen am Zahnfleisch, die zu Blutungen desselben führen, die sich auf die Haut und die inneren Organe weiterhin erstrecken können und unter allmählichem Auftreten von Cachexie nicht selten zum Tode führen. Der Skorbut ist eine **ausgesprochene Hungerkrankheit** und beruht, wie neuere Untersuchungen ergeben haben, auf dem Fehlen von Ergänzungsnährstoffen, den sogenannten Vitaminen, die sich besonders reichlich in frischen Gemüsen, zwischen Kartoffeln und Salaten finden.

Die Ursachen des Milderwerdens und des Verschwindens der Epidemien erklärte Virchow im Jahre 1849 damit, daß jetzt große Gruppen der Bevölkerung zu wirklich hygienischen Lebensbedingungen gelangt seien, die früher davon ausgeschlossen waren. **Das gehäuftere Auftreten von Skorbuterkrankungen beruht sicherlich auf der Knappheit und den hohen Preisen, die für Kartoffeln und Gemüse angewendet werden müssen, die vielen Menschen den Genuß dieser Nahrungsmittel unmöglich machen.** Es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß neben den paar Dutzend Fällen ausgesprochen klinischer Erkrankungen an Skorbut hunderte rudimentärer Fälle vorkommen, genau wie sich dies für die Schlafkrankheit und die Hungerknochenerkrankungen nachträglich herausstellte.

Man muß daher, so schreibt die Redaktion der „Klinischen Wochenschrift", die Ernährungsverhältnisse in Anstalten unter Mitwirkung von Sachverständigen nachprüfen, und zwar nicht nur in Gefängnissen, Irrenanstalten und Siechenhäusern, sondern auch in öffentlichen Krankenhäusern, deren wirtschaftliche Not zu Ernährungseinschränkungen zwingt, und vor allem in den Jugenderhaltungsstätten, bei denen vor Jahren schon die Verwendung von Gemüse wegen der schwierigen Bereitung zurückgetreten ist. Zu den mittelbaren Aufgaben gerade der Aerzte tritt noch eine politische Forderung. Es müssen stark ermäßigte Sondertarife und beschleunigte Beförderung von Milch, Gemüsen und vor allem Kartoffeln verlangt werden. Eine solche Maßnahme wäre vermutlich leichter und schneller durchzusetzen als die natürlich erwünschte Preisherabsetzung. **Aber Eile tut vor dem Herbst not, denn die paar Dutzend Fälle von Skorbut sind an sich nicht wichtig, sondern als Symptome für ernste augenblickliche und noch schwerere zukünftige Störungen der Volksernährung von Bedeutung.** Das alte Wort von Virchow aus dem Jahre 1849: „Epidemien gleichen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann lesen kann, daß in dem Entwicklungsgang seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf", ist zwar allen Aerzten geläufig, aber es weniger für sie, als für die Politiker geschrieben.

Li.

Demonstration

Massen demonstrieren auf den Straßen . . .
Massen, die man nie vertrat im Parlament und Staat, Massen, die danach dürften, sich selbst zu vertreten, wie sie es verstehen.
Wie Wogen wälzt es sich entlang die Straßen . . .
Unzufriedenheit liegt auf den Mienen, auf sorgendurchfurchten Gesichtern, blassem Frauenantlitz, Ausdruck langer Jahre der Not.
Massen demonstrieren . . .
Gibt es Forderungen des Volkes, der Mehrheit des Volkes, die nicht in Gesetzen des Volkes stehen? Schuf man Gesetz, das Hohn sprach, statt zu schützen?
Hunderttausende demonstrieren . . .
Alle fühlen sie . . . kennen lange Stunden der Arbeit, kennen Jahre des Hungers, Kindertränen, Brudermord, alle wissen etwas und führer faßten es zusammen in Forderungen . . .
Aber doch wollen sie alle mehr . . !!
Zu starr der Druck, schweigsam machte die Peitsche, krampfte die Faust, reden kennt die Masse nicht.
Massen demonstrieren . . .
Sie wollen etwas, alle Herzen zittern danach.
— — — — — — — — — —
Da flackert ein Ruf auf. Lieder klingen, rauh aus ungeschulten Kehlen, hier und dort helle Stimmen der Jugend.
Endlos der Zug . . .
Wie Gedanken zieht es hindurch . . .
Wird es anders, denken müde Frauen, wird es helfen?
Mietskasernen ziehen vorüber . . . zusammengedrängt Zimmer an Zimmer, Mensch an Mensch, graue Fassaden, Elendsmauern . . .
Wird es endlich anders werden, denken die Männer?
Fabriken liegen still . . .
Wochen der Qual zittern aus ihnen. Wie viele trug man aus ihrer Pforte? Qualmende Essen vergiften die Luft. Notstandsarbeiten zur Erhaltung des Profites . . .
Wird es helfen? Köpfe beugen sich. Wird es helfen? Jahre der Enttäuschung sahen sie, diese Frauen und Männer. Jahre hofften sie, Recht zu sehen.
Stumm geht der Zug . . .
— — — — — — — — — —
Protzende Fassaden, helle Fenster, stahlglitzernde Gärten erscheinen . . . Rolläden fallen herab, schwere Türen mit blitzenden Namenschildern versperren sie.
Nieder, tönt der Ruf . . .
Wird es anders, denken die alten? . . .
Krach brechen Fahnenstangen, rasseln monarchistische Straßenschilder . . .
Jugend marschiert an der Spitze, harte Jugend, früh erwachsen in harter Arbeitsfron. Fragt nicht, wird es werden? Muß werden! knattern die Massen.
Abzeichen des Sklaventums, Bürgerprotz, Reaktion . . .
Müde Augen leuchten auf, Jugend zieht voran, Kampfstimmung kreist durch die Adern.
Wir wollen!
Tausendköpfig stehen die Massen . . .
Splitternd fällt der Adler . . .
Jugend wagt zu rütteln an hergebrachtem, gibt Ausdruck dem innersten Wollen der Masse . . .
Spießer murren, flüstern und kritisieren, wollen fordern und zaudern bei Taten.
— — — — — — — — — —
Autos rasseln durch die Straßen . . . Grüne Uniformen leuchten auf, suggerieren Ruhe und Ordnung. Arbeiter schleppt man nach der Wache.
Jugend störte die Ruhe. War der Schrei nach Tat, nach Recht, ohne Zaudern und jahrelanges Sklaventum.
— — — — — — — — — —
Es drängt nach der Wache . . .
Zähneknirschend gibt man sie frei.
Es sind noch zu viele. Besänftigen muß man den Schrei nach Recht. Bis bessere Gelegenheit geboten . . .
Weiter geht es durch die Straßen . . . die Massen teilen sich.
Da kommen sie hervor. Schützenketten aus allen Richtungen.
Kolben rasseln nieder, frei die Straße für das Bürgertum!
— — — — — — — — — —
Proletariat in die Fabrik, Protzentum auf die Straße . . .
Vieh treibt man vor sich her . . . Hinein in die Gassen, zurück auf den Platz. — Hinüber — herüber . . .
Unbeteiligte stürzen. Warum denn Vorsicht? Nieder mit dem Pöbel! Säbel heraus, Seitengewehr aufgepflanzt, zugestochen . . .
Voran der Hakenkreuzoffizier.
Wut zittert aus seinen Mienen, verdarb die Kriegskarriere, der Pöbel. Wie sie einst flogen und sich duckten unter seinem Kommando, diese Biecher! Ist jetzt nur eine kleine Schar, die er führt, doppelt gut bewaffnet darum. Nur ausgesuchte Leute. Tragen Maschinenpistolen, Revolver, Karabiner, Säbel.
Kolben zerbrechen. Schnaufend stehen die Grünen . . .
An den Ecken lehnen sie, den Hut tief ins Gesicht gedrückt, die Polizeimaske unterm Mantelaufschlag verborgen, republikanische Abzeichen im Knopfloch, reiben sich vergnügt die Hände . . .
Entgegkleidete Bürger stolzieren unangefochten innerhalb der Postenketten, schauen zu wie Arbeiterblut fließt. — Proleten treibt man mit den Kolben zurück . . .
Sie flüchten durch die Straßen. Säbel blitzen hinter ihnen auf.
In die nächste Gasse hinein! Auch dort Postenketten . . .
Zurück zur Unterführung.
Hallo, dort kommen sie die Straße herauf, in Attacke, den Säbel in der Faust . . .
Wut packt die Abgehetzten, Wehrlosen . . .
Klirrend brechen Scheiben. — Waffen her! — Soll man sich abstechen lassen, wie ein Vieh?
Steine fliegen . . . Kolbenhiebe antworten. Autos rasseln heran. Verletzte schleppen sich davon . . .
— — — — — — — — — —
Gift speit die Presse, die zum Handeln rief . . .
Als die Räder sich drehten, hatte man Phrasen. Als sie stillstanden Maschinengewehre.
Das Proletariat will keine Reden, sondern Taten.

E. W. im „Ruhr-Echo".

Unsere Aufgabe

Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen **Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Anreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft** entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Rosa Luxemburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0007

Kämpfende Jugend

An die arbeitende Jugend in den Betrieben und Schulen!

Von allen Seiten stürmen Gefahren auf Euch ein. Die Schüsse und Bombenattentate der Nationalisten waren nicht so sehr gegen die bürgerliche Republik, sondern gegen Euch, gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Eine siegreiche Reaktion würde die letzten Reste der Arbeiterschaft und der arbeitenden Jugend vernichten, sie schamlosester Ausbeutung und völliger Versklavung preisgeben!

Die drohende Gefahr hat nach dem Rathenau-Mord große Massen der Arbeiterschaft und der arbeitenden Jugend auf die Straße gerufen.

Doch die Gefahr ist noch nicht vorüber.

Dank der Halbheit und Unentschlossenheit der Reformisten sammelt sich von neuem die Reaktion. Die Reaktionäre in der Schule und Kirche, in den bürgerlichen Jugend- und Sportvereinen sind weiter drauf und dran, durch Presse, Schundliteratur und Kino die Hirne der jungen Arbeiter weiter zu vergiften und zu verdummen.

Das darf nicht geschehen!

Das ganze Jungproletariat muß jetzt Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft kämpfen. **Nur wenn es der Arbeiterklasse gelingt, die reaktionären Mordbanden zurückzuwerfen, wird auch die arbeitende Jugend vor den Schlägen der Reaktion gesichert sein. Die arbeitende Jugend muß deshalb kämpfen für die restlose Durchführung des Berliner Abkommens der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, das allein die Sicherheit bietet für die Verwirklichung folgender besonderer Jugendforderungen:**

1. Auflösung aller monarchistischen und nationalistischen Jugendverbände (Jung-Bismarck, Deutschnationaler Jugendbund, Deutsch-völkische Jugend, Alldeutsche Jugend, Jungdeutscher Orden, Pfadfinder, Jungsturm, Jungdeutschland-Bund und die ihm angeschlossenen Gruppen).
2. Ausschluß dieser Verbände aus den staatlichen Institutionen und Entziehung der Unterstützungen, die sie aus staatlichen und kommunalen Mitteln erhalten.
3. Verbot aller Jugendzeitschriften, die der monarchistischen und nationalistischen Verhetzung dienen.
4. Verbot aller Filme, die der monarchistischen und nationalistischen Propaganda dienen.
5. Entlassung aller monarchistischen und nationalistischen Rektoren und Lehrer an den Volks-, Hoch- und Fortbildungsschulen.
6. Entfernung aller monarchistischen und nationalistischen Abzeichen, Fahnen, Gemälde, Sinnbilder und Denkmäler aus den Schulen.
7. Gründliche Durchsicht aller Lehrmittel, insbesondere der Lesebücher, auf monarchistische und nationalistische Propaganda und sofortige Beseitigung der betreffenden Lehrbücher.
8. Beseitigung aller Dinge aus dem Unterricht, die zur nationalistischen und monarchistischen Verhetzung oder zu einer verschleierten Militarisierung dienen, insbesondere beim Turnunterricht.

Zur Durchführung dieser Forderungen uneingeschränktes Kontrollrecht der Elternschaft, der Arbeiterorganisationen, der proletarischen Jugendverbände, Mitbestimmungsrecht der Schüler in den Fortbildungsschulen und oberen Volksschulklassen durch Schülerräte.

10. Befreiung aller jugendlichen proletarischen Gefangenen ohne Einschränkung, die für die Sache des Proletariats gekämpft haben.
11. Durchführung dieser Forderungen unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen in Gemeinschaft mit den drei proletarischen Jugendorganisationen.

Wir haben uns mit diesen Forderungen an die Organisationen der arbeitenden Jugend gewandt in der Erkenntnis, daß jetzt die arbeitende Jugend ohne Unterschied der Richtung im gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion stehen muß.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands und die Zentrale der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands aber haben es abgelehnt, mit uns gemeinsam für diese Forderungen zu kämpfen. Wir sind aber nach wie vor der Ansicht, daß der gemeinsame Kampf dringendes Gebot der Stunde ist. Wir glauben nicht, daß es der Wille der Mitgliedschaft dieser Organisationen sein kann, daß die arbeitende Jugend tatenlos und zersplittert den wütenden Angriffen der Reaktion preisgegeben wird. **Wir erklären unsere Bereitwilligkeit zu einer Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die gewillt sind, den Kampf gegen die Reaktion ernsthaft zu führen und rufen die gesamte Jungarbeiterschaft auf, ein gemeinsames Vorgehen aller proletarischen Jugendorganisationen zu fordern und einen gemeinsamen Kampf wirksam zu unterstützen.**

Aber nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern geht die Reaktion zum Angriff über.

Ueberall leidet die arbeitende Jugend unter den vereinten Schlägen des Kapitals, des Militarismus und der Reaktion. Die Kommunistische Jugendinternationale ruft deshalb die proletarischen Jugendverbände der ganzen Welt zu einem

Weltkongreß der arbeitenden Jugend,

auf, um gemeinsam die Forderungen zur Abwehr zu erheben und gemeinsam Mittel und Wege für ihre Durchführung zu beraten.

Die Forderung des Jungarbeiterkongresses muß die Losung aller jungen Arbeiter und Arbeiterinnen werden.

Jungproletarier! Fordert von den Organisationen der proletarischen Jugend den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion! Fordert den Weltkongreß, damit die arbeitende Jugend der ganzen Welt zusammengeschlossen wird in gemeinsamem Kampf gegen die Schläge des Kapitals, gegen Militarismus und Reaktion.

Es lebe die Einheitsfront des kämpfenden Jungproletariats aller Länder!

Es lebe der gemeinsame Kampf der jungen und alten Arbeiter!

Auf zum Kampf für die Forderungen des Jungproletariats!

Berlin, 16. Juli 1922.

Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

Vom Jugendtreffen in Könnern

Ein Jugendgenosse aus Könnern schreibt uns aus Könnern:

Um 4 Uhr trommelt's an mein Fenster. Draußen stehen Jugendgenossen, die pünktlich zur Stelle sind. Wir hatten beschlossen, zu dem Jugendtreffen uns ganz früh aus unserem Städtchen zu machen, um frühzeitig in Könnern zu sein. Trotz alledem müssen wir noch bis gegen ½5 Uhr warten, bis alles im Lote ist. Das Banner ist instand gesetzt, sämtliches Material zur Agitation aus dem Schranke im Jugendheim in den Rucksäcken und Tornistern verstaut. Lustig geht's nun durch die leeren Straßen, die bald von unserem Gesange widerhallen. Noch ein Genosse, da noch drei schließen sich unserem Zuge an. Im Nachbardorfe erwarten uns auch schon unsere rührigen Genossinnen und bald treffen auch auf dem verabredeten Treffpunkt die Heiligenthaler Genossen ein. „Heil Moskau", schallt es ihnen entgegen und hurtig geht es weiter!

Wir kommen bald der Saale näher. Schon ist ihr breites Tal bei Alsleben zu erkennen. Querfeldein geht es jetzt, um den Weg abzukürzen. Ganz schmal ist der Weg, ein Gänsemarsch, einer hinter dem andern müssen wir schreiten. Im Zuge schweben unsere roten Fahnen. Wir sind mitten in einem Kornfeld, mitten unter wogenden Aehren. — Wir, die Landarbeiterjugend, die wir schuften müssen für die, die sich heute als Herren und Eigentümer des Grund und Bodens behaupten und die mit uns noch gar zu oft Schindluder treiben können. — Jetzt aber wehen unsere roten Fahnen, die Fahnen der proletarischen Revolution und jetzt schallen unsere Kamplieder über den Acker:

Dem Morgenrot entgegen
Ihr Kampfgenossen all',
Bald siegt Ihr allerwege,
Bald weicht der Feinde Wall!

Könnern ist bald erreicht und nach kurzer Rast treffen wir auch mit den andern Genossen zusammen, die schon gestern angekommen sind und heute morgen hinausgezogen waren. Jetzt marschieren wir, ein stattlicher Zug, durchs Städtchen zum Bahnhof. Wir können doch heute wieder einen Genossen in unseren Reihen aufnehmen. Ihn läßt heute die Weiße Justiz aus ihren Klauen. Schon steht er oben an der Treppe. Wir singen das Lied unserer russischen Genossen, das uns Rosa Luxemburg übersetzte: „Die Rote Fahne". Wie ein Schwur klangs aus der langen Reihe der Jugendgenossen:

Es kommt der Tag, da wir uns rächen,
Dann werden wir die Richter sein!

Unser Genosse spricht: Nicht hat sein Kampfesmut gelitten, nein, er hat nur immerzu aufs neue erkannt, daß der jetzt bestehenden Zuständen ein Ende bereitet werden muß. Er wird weiter in der vordersten Reihe des Proletariats kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus Knechtschaft und Unterdrückung. Wir geleiten ihn dann heim zu seiner Wohnung, wo ihn die Arbeitersänger mit zwei Liedern unseres Arbeiterkomponisten Uthmann begrüßen.

Voran die Kindergruppe, geht es am Nachmittag in die Stadt zurück. Immer größer wird unser Zug, immer lauter und machtvoller schallen unsere Kamplieder durch die Straßen. Hinter mancher Gardine regt es sich, aber unsere roten Fahnen verscheuchen jeden satten Mastbürger. Das Proletariat ist aber auf den Beinen. Die Arbeiterschaft ist mit der Jugend auf der Straße und demonstriert mit uns. So flutet der Zug auf den Marktplatz, ihn fast ganz füllend. Vom Balkon wehen unsere Fahnen und jetzt spricht unser Genosse Plättner. Wir hören von dem Ernst der politischen Lage, von dem Erstarken der Reaktion, die sich immer mehr Frechheiten leistet. Wir hören aber auch von dem erstarkenden Willen der Arbeiterschaft, gegen diesen Bürgerblock mit schärfsten Waffen vorzugehen. Auch die proletarische Jugend steht im Kampf. Zwar haben die Zentralen der AJ. und SPJ. schon abgeblasen, aber noch leben wir, noch lebt unser Wille zur Tat! Mächtig schallt die Internationale:

Es retten uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,
Uns aus dem Elend zu erlösen
Können wir nur selber tun!

Am Nachmittag waren die einzelnen Gruppen im „Bürgergarten" beisammen. Hier war die Jugend ganz unter sich und ließ sich's wohl merken, daß eine Woche Hammerschlag und eine Woche Häuserquadern hinter ihr liegt. Ein reges Leben herrschte. Da wird ein Spirituskocher hervorgeholt und gleich darauf ist ein Topf über dem Feuer, der nach kurzer Zeit für eine Anzahl durstiger Kehlen ein warmes Getränk liefert. Dort sind die stärksten Genossen beim Froschpralleu beschäftigt und lustig ist es anzusehen, wie gar mancher Mutige ganz entsetzt aus der Luft wieder zurück zur Decke fliegt. Auch die Mädels sind nicht müßig und dort springen sie fröhlich im Kreise herum. So ging die Zeit wie im Fluge dahin. Der Abend vereinigte uns alle zu einer Feier im Saale, deren Ausgestaltung allerdings hätte besser sein können. Vielleicht legt man das nächste Mal mehr Wert auf einen würdigen Abschluß. Aber was schadet es diesmal, die Eindrücke des Tages konnte auch die etwas verunglückte Feier nicht vermischen. Die nächste Feier wird uns allen sicher noch mehr geben.

Spät ist es geworden, ehe wir alle wieder auf der Straße standen und heimwärts ziehen. Und müde geworden waren wir alle auch etwas, so daß wir bald in immer langsameres Tempo verfielen. Aber der Gesang von lustigen Wanderliedern regte uns wieder an und bald waren wir wieder in unserem Städtchen, deren Häuschen in der nächtlichen Stille unsere Schritte widerhallten. Vor einer Woche haben wir hier mit der Arbeiterschaft demonstriert und bald wird es sein, daß auch bei uns die Jugend zu einem Gruppentreffen durch die Straßen marschieren wird. Wir hoffen, daß alle Gruppen dann mit derselben Begeisterung und mit derselben Befriedigung heimziehen können, wie wir von Könnern.

Die Sozialistische Proletarierjugend für Kasernenerziehung

Die Sozialistische Proletarierjugend bringt in ihrer Beilage in der Hallischen „Volkszeitung" „Der Jugend" einen Artikel, der einer bürgerlichen Zeitschrift entnommen ist und der über die Reinlichkeit der Jugend auf der Fahrt spricht. Der Abdruck ohne jeden Kommentar und mit der Ueberschrift „Wandernde Jugend, merk auf!" beweist, daß die Proletarierjugend den in äußerst bürgerlichem Stil gehaltenen Ausführungen zustimmt. Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

„Die Wasch- und Badekultur ist in Deutschland im Gegensatz zu England und den nordischen Ländern auch vor dem Kriege noch in höchster Blüte gewesen. Seifenmangel, Kohlennot, Armut im allgemeinen und Schützengrabenleben, **auch der Fortfall der Kasernenerziehung habe sie sehr zurückgebracht.** Das muß wieder anders werden."

Wirklich, muß das wieder anders werden? Glaubt die Sozialistische Proletarierjugend, diese Erziehung durch Kasernendrill zu erreichen? Bedauert sie den Fortfall dieser militärischen Erziehung. Ist es aber auch nicht begreiflich, daß die Proletarierjugend bei der jetzigen USPD.-Politik (Annahme des Schutzgesetzes, Regierungskoalition) zu dieser Ansicht kommen muß?

Weiter sagt der Artikel, **„daß man nicht müde wird, die Parlamentarier aus allen Lagern zu langen Reden über den gesundheitlichen Nutzen des Jugendwanderns aufzustacheln."** Nützt das Aufstacheln der Parlamentarier wirklich so viel, daß wir eine Besserung der jetzigen Zustände erzielen. Ich sage nein! Ohne Unterstützung der arbeitenden Jugend von außen kann im Parlament nichts für die Jugend erreicht werden, und da nützt auch das Jammern und Klagen über unsere schlechten Verhältnisse nichts. Die Jugend muß ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Wir selber müssen als proletarische Jugend geschlossen durch einheitlichen Kampf auf der ganzen Linie unser wirtschaftliches Hundeleben beseitigen und eine Besserung der Verhältnisse erzwingen. Das sei unsere Aufgabe, Jungproletarier! L. L.

Wir bauen stille

Von Max Barthel

Wir bauen stille, wir bauen fein —
Ich bin ein wuchtiger, trotziger Stein
Am Bau der Barrikade.

Wir bauen auf Leichen und Märtyrerblut,
Und dieser Grundstein trägt sicher und gut
Die Barrikade der Zukunft!

Wir binden mit Blut, wir kitten mit Mark!
Das macht dich unüberwindlich stark,
Du stolze Barrikade!

Ein jeder bringt einen Stein zum Bau...
Nun halten die Schaffenden prüfende Schau:
Vorwärts! Zur Barrikade!

Reich magt das protzende Heer der Welt...
Stolz rückt es an.. hei hussa! zerschellt!
Zerschellt an der Barrikade!

Wir bauen stille, wir bauen fein —
Ich bin ein wuchtiger, trotziger Stein
Am Bau der Barrikade.

Schwöre, daß du laut rufen willst!

Von Horace Traubel

Schwöre! Das ist es, was ich dir sage! Schwöre! Sage nicht Ja und Nein. Mache nicht hier und dort Zugeständnisse. Gib nicht zu, daß deine Sache wahr und falsch sei. Bestehe auf deiner Sache. Gestehe ihre Fehler. Doch beharre bei ihr. Das Fehlerhafte braucht nicht falsch zu sein. Entschuldige dich nicht wegen deiner Irrtümer. Laß dich's nicht kümmern, wenn du dich getäuscht hast. Alles andere kannst du im Stich lassen. Dir selbst sollst du treu sein. Schwöre, daß du dir treu bleibst. Schwöre! Du hast Feinde, wohin du auch blickst.

Schwöre! Rede dir nicht ein, daß du, schlecht oder recht, derselbe Mensch seist. Würde dir nicht das Gewissen anderer auf. Sorge für dein eigenes Gewissen. Freilich, das ist eine schwere Aufgabe. Es ist die schwerste Aufgabe, die es gibt. Nur bei deiner Idee zu beharren. Beharren durch den Schmutz und Schimpf des Alltags. Beharren, nachdem jedermann zu Bett ist. Beharren, ehe jemand auf ist am Morgen. Es ist eine harte Arbeit. Schwöre, daß nichts dich dazu bestimmen wird, die blassen Gesichter der überarbeiteten Männer, Frauen und Kinder zu übersehen. Schwöre, daß du laut nach Gerechtigkeit rufen wirst. Nicht nach Gerechtigkeit für heute und irgend etwas anderes für morgen. Nicht nach der Gerechtigkeit eines beliebigen anderen. Sondern nach der Gerechtigkeit deiner eigenen besten Träume. Vom heutigen Tag an machen wir keine Zugeständnisse mehr. Vom heutigen Tag an wollen wir kein Kapitel der Geschichte verbergen, zurückhalten, überschlagen oder ausmerzen. Alles soll gesagt werden. Und in Worten, die nicht schmeicheln. In Worten, die treffen und beißen. Die Aufgabe ist zu groß und zu heilig, als daß sie in der abgestandenen Etikette der Höfe verändelt werden dürfte. Wir wollen diesen Kampf auf gleichem Boden auskämpfen. Wir wollen auf dem gemeinsamen Wege verharren. Unser Kampf ist der Kampf für den gemeinsamen Weg. Schwöre!

Aus unseren Gruppen

Delitzsch

Die letzte Jugendkartellsitzung am 29. Juni zeigte wieder einmal deutlich, daß der AJ., SPJ. und den Naturfreunden der Kampf gegen die KJ. wesentlicher erscheint, als der Kampf gegen das Bürgertum. Obwohl sie nicht umhin konnten, festzustellen, daß die Tätigkeit der KJ. im Jugendkartell sehr gut gewesen ist, obwohl sie ebenfalls an der Tätigkeit des Genossen Baumgärtel sachlich nichts kritisieren konnten (wenn man zwei Tadlinden unberücksichtigt läßt; Genosse Baumgärtel hatte bei den Einladungen an die Kartellbeleigierten zur Kartellsitzung geschrieben „mit kommunistischem Gruß" und in einer öffentlichen Versammlung die AJ. und SPJ. nicht daran erinnert, daß auch sie ihre Literatur zum Verkauf mitbringen sollten, was uns selbstverständlich erschien), brachten sie ein Mißtrauensvotum gegen den Genossen Baumgärtel ein, da Baumgärtel einmal die Interessen der Bürgerlichen vertreten, das andere Mal die der Kommunisten zu scharf im Jugendkartell vertreten hätte. Schon hier sieht man, mit was für armseligen Argumenten die AJ. und SPJ. zusammen mit dem Verfechter des Züchtigungsrechts an Lehrlingen, Holz (Naturfreunde), die KJ. bekämpfen. Statt die begonnene Arbeit weiter zu leisten, stett Baumgärtel, der intensiv für das Jugendkartell arbeitet, zu unterstützen, sabotiert man ihn. Wir hätten über solch armselige Tröpfe nur gelacht, wenn in dieser bitterernsten Zeit des Kampfes gegen die Kapitalistenklasse sich niedriger persönlicher Kampf nicht tief bedauerlich gewesen wäre. Hätten doch diese Helden ihre Größe entrollt, als über den Jugendgewerkschaftskongreß gesprochen wurde. Dort fehlte ihnen jedes Interesse. Kein Wunder bei den Vorbildern, die sie in Halle und Leipzig sitzen haben und die den Kampf gegen andere Verbände auch nur persönlich führen. — Zum Vorsitzenden des Jugendkartells wurde Genosse Sachse (SPJ.) gewählt, sicherlich wegen seines guten Berichts, den er über den Jugendgewerkschaftskongreß gab — oder besser noch wegen der Heiterkeit, den dieser Bericht hervorrief. — Von der KJ. gehören die Genossen Neubauer und Richter dem Vorstande an. Wir werden nach wie vor weiter so aktiv mitarbeiten, hoffen aber, daß der Genosse Sachse sich ebenfalls so intensiv und scharf für die Jugend einsetzt, wie es vom Genossen Baumgärtel geschah. Nur dann werden wir Freunde bleiben. Der proletarischen Jugend von Delitzsch empfehlen wir aber, sich recht zahlreich an den Sitzungen des Jugendkartells zu beteiligen, um zu sehen, wer für sie mit ganzer Kraft eintritt.

Bölberg-Wörmlitz

Am Sonntag, dem 2. Juli, fand sich die Jugend Bölbergs zu einem kleinen Gruppentreffen mit noch anderen Jugendgruppen in Dieskau zusammen. Auf dem Kirschberg angekommen, wurde im grünen Grase unter schattigen Kirchbäumen das mitgebrachte Brot verzehrt. Schöne Volkstänze und Lieder gaben anmutige Unterhaltung, die natürlich auch bei den alten Parteigenossen großen Anklang fanden. Plötzlich wurde bekannt, daß sich ein Lehrer Dieskaus geäußert habe, die Kinder sollten nicht zu den Jugendlichen gehen und diese Polackentänze mitmachen. Kurz entschlossen zogen die Jugendlichen unter Absingen revolutionärer Kampflieder vor das Heim dieses Helden und führten dort fast zwei Stunden lang Volkstänze auf, die sehr gut klappten. Und siehe da, die ganze Einwohnerschaft von Dieskau war freudigen Herzens bei der Jugend, um ihrem Spiel und Tanz zuzuschauen. Selbst die dort einquartierte Sipo, natürlich in Zivil, war vertreten. Mit Eintreten der Dämmerung hielt ein Genosse eine kurze Ansprache und dankte den erschienenen Ortsgruppen. Mit den Rufen „Seid einig" und „Heil Moskau" und unter Absingen revolutionärer Kampflieder traten die Gruppen ihren Heimweg an. In Bruckdorf angekommen, wurden auf Wunsch der dortigen Parteigenossen noch einmal Kampflieder gesungen und dann ging es nach Hause. Pflicht der Genossen in Bruckdorf ist es, auch dort eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen. Referenten stellt die Bezirksleitung Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1668 45. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Sonnabend, den 22. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 169**

Der Kampf der Kontrollausschüsse

Der Kontrollausschuß Wittenberg gegen die monarchistische Wühlarbeit

(Eigene Drahtmeldung.)

Wittenberg, 22. Juli.

Der hiesige Kontrollausschuß sah sich genötigt, folgenden Brief an das Landratsamt zu schreiben:

Kontrollausschuß Wittenberg. Wittenberg, den 18. Juli 1922.

An das Landratsamt
des Kreises Wittenberg.

Der Wittenberger Kontrollausschuß, der vom ADGB. und den drei Arbeiterparteien und dem Afa-Bund ins Leben gerufen wurde, macht sich zur Pflicht, die Regierung im Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen. Infolgedessen haben die Organe des Kontrollausschusses ein wachsames Auge auf alles, was sich in der Oeffentlichkeit und im Geheimen abspielt. Sei es auf den Bureaus der örtlichen Behörden, oder außerhalb derselben. Wir erlauben uns die Aufmerksamkeit des Herrn Landrats auf folgendes zu lenken: Sonntag, den 16. Juli d. J., fand in Pretzsch ein sog. „Heimatfest" statt. Anläßlich dieses **nationalistischen Rummels prangten alle öffentlichen Gebäude im Schmuck der schwarzweißroten Fahne.** Die Arbeiterschaft und alle republikanisch gesinnten Bürger **empfanden diese Tatsache als einen offenen Hohn auf die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten** zum Schutze der Republik. Als eine Abordnung die Beseitigung dieser Provokation bei dem dortigen Bürgermeister nachsuchen wollte, wurde sie nicht empfangen. Dazu kamen noch Provokationen seitens der Festteilnehmer gegenüber der Arbeiterschaft. **Ein Polizeibeamter namens Heinrich aus Berlin, schlug sogar einen Arbeiter.** Der dortige Landjäger, der einschreiten sollte, äußerte sich, **wir befänden uns ja in einer freien Republik, wo jeder machen könne, was er wolle.** Aus all diesen Gründen stieg die Erregung der Arbeiterschaft ungeheuer und ist es nur der besonnenen Haltung der Vertrauensleute derselben zuzuschreiben, daß nicht größere Zusammenstöße zu verzeichnen sind. Wir fordern den Landrat des Kreises Wittenberg auf, den Bürgermeister Kuhnert dahingehend zu belehren, daß die Farben des Reiches andere sind, als die er anläßlich dieses Festes auf den öffentlichen Gebäuden zu hissen geruhte. Ferner daß er als Oberhaupt der Gemeinde Abordnungen von Arbeitern gegenüber mehr Höflichkeit und Anstand entgegenbringt. Wir erwarten Nachricht darüber, was seitens des Landratsamtes als Aufsichtsbehörde in diesem Falle geschehen ist.

Laut Verfügung des Herrn Ministers des Innern ist der „Stahlhelmbund" aufgelöst und gehört zu den verbotenen Organisationen. Wir haben beobachtet, **daß der Stahlhelm trotzdem fidel weiter tagt und sich um die Verordnung der Regierung nicht im geringsten kümmert.** Da dem Stahlhelmbund in Wittenberg selbst anscheinend der Boden zu heiß geworden ist, konnten wir feststellen, daß der Stahlhelm in letzter Zeit seine **Zusammenkünfte unter einem Decknamen (Kegelklub Sandow), der nur für die Behörden den Schein der Harmlosigkeit besitzt,** in der Umgegend abhält. Wir ersuchen höflichst, die Landgemeinden des Kreises auf dieses Treiben aufmerksam zu machen. Es liegt nur an den Behörden, wenn Zusammenstöße zwischen republikanisch gesinnten Bürgern und Arbeitern und den reaktionären Organisationen vermieden werden. Tun die Behörden ihre Pflicht, dann haben erstere keinen Anlaß, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Kontrollausschuß. Rogg, Vors.,
Mitglied des Preußischen Landtages.

*

Das Remscheider Stadtverordnetenparlament gegen die Reaktion

(Eigene Drahtmeldung.)

Remscheid, 21. Juli.

Anfang dieser Woche wurden die von den Massenversammlungen gefaßten Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung in Remscheid behandelt. Die auf dem „Boden der gegebenen Tatsachen" hin und her zappelnden demokratisch-deutschvölkisch durchsetzten bürgerlichen Parteien krümmten sich vor Verzweiflung. Aber alle Manöver nutzten ihnen nichts! Mit den Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und eines Teiles der Rechtssozialisten wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht ihren tiefsten **Abscheu über die von Mörderorganisationen vorbereitete feige Mordtat** an dem Minister Dr. Rathenau aus. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung steht. Sie ist ferner gewillt, allen Bestrebungen, welche die Republik gefährden können, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Es ist daher unerläßlich, daß jeder Beamte, der durch Tätigkeit in Wort oder Schrift für die Monarchie tätig ist, als **Gegner der Republik ohne weiteres zu entlassen ist.**

Versammlung verlangt von der Verwaltung:

Dem von den Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien eingesetzten Kontrollausschuß ist weitgehendste Unterstützung entgegenzubringen.

Dem Kontrollausschuß ist für seine Arbeiten und eventuelle Beratungen **ein Zimmer zur Verfügung zu stellen.** Beamte und **Angestellte, die bezichtigt werden, im monarchistischen Sinne** gegen die Republik zu wirken, haben auf Verlangen **dem Kontrollausschuß Auskunft zu geben.**

Die Untersuchungsergebnisse und sonstigen Feststellungen des Kontrollausschusses sind nur in Verbindung mit der Verwaltung behufs Verfolgung zu erledigen."

Mit denselben Stimmen wurde die Umbenennung der Straßen beschlossen. Es wurden umgetauft: Bismarckstraße in Birgderkamper Straße, Hindenburgstraße in Neuscheider Straße, Königstraße in August-Bebel-Straße, Kronprinzenstraße in Schlachthofstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße in Friedrich-Engels-Straße, Sedanstraße in Karl-Marx-Straße, Bismarckpark in Volkspark, Bismarckturm in Parkturm.

*

Kontrollausschuß zum Schutz der Republik

(Eigene Drahtmeldung.)

Düsseldorf, 21. Juli.

Für Düsseldorf hat sich ein örtlicher Kontrollausschuß gebildet und seine Arbeiten aufgenommen. In ihm sind folgende Organisationen und Körperschaften vertreten: Sozialdemokratische Partei, Unabhängige sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Düsseldorf, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Betriebsrätezentrale.

Seine Aufgaben sind:

Abwehr reaktionärer Anschläge auf die politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, Feststellung von Handlungen oder [illegible] der Machenschaften [illegible] der revolutionären [illegible] men der in gemeinschaften festgelegten [illegible]

[illegible] g jeder monarchisti- [illegible] republikanischen Ver- [illegible] er Regierungsstellen [illegible] der Reichswehr von [illegible] anischen Elementen, [illegible] ienstes. [illegible] chtshofes in Berlin. [illegible] Einziehung der Ver- [illegible] sionen und sonstigen [illegible] er nicht früher aus- [illegible] en ist. [illegible] egen politischer Ver- [illegible] enigen, die sich im [illegible] gangen haben. [illegible] ahnerstreiks zur Ver- [illegible] aus demselben Anlaß [illegible] et, diese Forderungen [illegible] n Mitteln, die ihnen [illegible] terstützen. [illegible] beteiligten Organi- [illegible] obengenannte Forde- [illegible] Einvernehmen mit [illegible] bevertretungen, sowie [illegible] und Betriebsräten [illegible] beraten und vorbereitet werden.

Die Gesinnungsgenossen werden aufgefordert, ihre Erfahrungen und Beobachtungen bezüglich reaktionärer Umtriebe jeglicher Art sofort ihren zuständigen Organisationen zu melden.

*

Während SPD. und USPD. in Düsseldorf ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den Kommunisten im Kontrollausschuß praktische Arbeit zu leisten, hat das Elberfelder SPD.-Organ, die „Freie Presse", den traurigen Mut, seinen Arbeiterlesern folgende freche Verhöhnung dieser von ihren eigenen Genossen mitgeschaffenen wirksamsten Einrichtung zum Schutze der Republik und der revolutionären Errungenschaften zu bringen:

„Die glückliche Geburt eines neuen Kontrollausschusses in Düsseldorf

zeigt die kommunistische „Rote Fahne" in Berlin in ihrer Sonntagnummer unter der Ueberschrift: „Die Einheitsfront im Rheinlande" hocherfreut der Oeffentlichkeit an. Die unabhängigen und mehrheitssozialistischen Blätter begnügen sich mit überaus anmutig wirkenden politischen Glimmzügen um die etwas unzeitgemäße Vaterschaft. Wie wir über derartige politische Kindereien denken, mögen unsere Leser im lokalen Teil nachlesen, wo wir eine kurze aber treffende Ausführung des „Vorwärts" über Kontrollausschüsse mit den Kommunisten usw. bringen.

Wir wünschen dem jüngsten Düsseldorfer fröhliches Gedeihen. Möge ihm die Erde bald leicht werden. Den Vätern resp. Müttern wünschen wir aber von Herzen baldige Besserung."

Die „trefflichen Ausführungen" des „Vorwärts" läßt die „Freie Presse" in Fettdruck folgen. Wir glauben, daß wir uns zu dieser Leistung eines rechtssozialistischen Agenten der kapitalistischen Regierung jeglichen Kommentar sparen dürfen. Die Arbeiter mögen selbst ihr Urteil über solche Schützer der Republik fällen.

Moratorium, Anleihe und Sachwerterfassung

Der Reichstag ist, nachdem er mit Mühe und Not, unter Paktieren und Kuhhandel die Gesetze „zum Schutz der Republik" mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte, auseinandergegangen, ohne zu den neuen Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen. Er hat es versäumt, über die neuen einschneidenden Forderungen der Reparationskommission zu beraten und hat Beratung und Entscheidung dem Auswärtigen Ausschuß überlassen.

Der Auswärtige Ausschuß hat tatsächlich die Reparationsverpflichtungen und die Forderungen der Reparationskommission debattiert, aber er hat keine Entscheidung zu fällen gehabt. Als der Auswärtige Ausschuß mit seinen Beratungen begann, da waren schon feste, bindende Abmachungen mit der Reparationskommission getroffen. Die Regierung Wirth, die beabsichtigt, ihre bisherige Erfüllungspolitik auf Kosten der Arbeiterschaft fortzusetzen, hat der Reparationskommission Maßnahmen zugebilligt, die einer vollkommenen Finanzkontrolle über Deutschland gleichkommen. Die deutsche Regierung hat selbständig, ohne den Reichstag oder den Auswärtigen Ausschuß zu fragen, ein weiteres Stück der Unabhängigkeit Deutschlands preisgegeben. Die USPD. und SPD. überließen es Stresemann, dieses Vorgehen der Regierung anzugreifen. Sie selber verteidigten Wirth und Hermes.

Die deutsche Regierung hat diese Zugeständnisse an die Reparationskommission gemacht, ohne irgendwelche Gegenleistungen dafür aufweisen zu können. Wie immer, kann sie nur auf Versprechungen und nicht auf Gegenverpflichtungen hinweisen. Als die deutsche Regierung diese Zugeständnisse machte, da wurde viel von einem zweijährigen Moratorium gesprochen; es wurde der Anschein erweckt, als ob dieses zweijährige Moratorium die Gegenleistung für das Entgegenkommen der deutschen Regierung darstellen sollte. Aber schon wenige Tage später wollte die Reparationskommission, nach den Pressemitteilungen, nur vorläufig „versuchsweise" ein drei- bis sechsmonatliches Moratorium gewähren und erst knapp vor Ablauf dieses Moratoriums über ein längeres, zweijähriges, verhandeln. Wenige Stunden später spricht Poincaré sogar nur von einem vier- bis fünfwöchentlichem Moratorium.

Dagegen wird versucht, die Frage der Gewährung einer Auslandsanleihe an Deutschland wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen. Es wird viel über die Wiedereinberufung des Morgan-Bankierkomitees berichtet. Die deutsche Bourgeoisie sagt klar und unumwunden, daß sie der Finanzkontrolle über Deutschland zustimmt. Sie argumentiert, daß ein Moratorium ohne Finanzkontrolle nicht zu erreichen ist und daß das Moratorium die Voraussetzung einer Anleihe bedeutet. Sie wiegt sich in der Hoffnung, daß die Finanzkontrolle auf die Zeit des Moratoriums beschränkt bleiben und bei Gewährung der Auslandsanleihe aufgehoben wird. Schon diese letzte Hoffnung ist eine große Täuschung, denn nur unter Garantien und Kontrolle wird eine Anleihe gewährt werden.

Aber bedeutet überhaupt eine Anleihe Rettung und Besserung? Die Anleihe wird, im Falle der Gewährung dazu dienen, um die Goldzahlungen Deutschlands an die Entente zu übernehmen. Außer diesen Barzahlungen hat aber Deutschland noch andere große Verpflichtungen zu leisten. Deutschland muß jährlich für 1400 Millionen Goldmark Sachleistungen aufbringen, muß für die Besetzung des Rheinlandes, für die Kontroll-Reparations- und Restitutions-Kommissionen die Kosten bezahlen, muß Zahlungen im Ausgleichsverfahren nach dem Entschädigungsgesetz leisten, und muß die Kohlentribute abliefern. Diese Zahlungen und Lieferungen erfordern bei dem heutigen Stand der Mark etwa 300 Milliarden Papiermark. Der Reichshaushalt sieht für die Ausführung des Friedensvertrags, einschließlich der Barzahlungen nur 188 Milliarden Mark vor. Die Markentwertung hat ein ungeheures Anschwellen der Schuldsumme mit sich gebracht. Während die Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes im Mai 1921 28 Milliarden Papiermark erforderten, waren es im März 1922 51,4 Milliarden und im Juni 80 Milliarden.

Den Erfordernissen, die auch im Falle einer Anleihe 300 Milliarden Papiermark betragen, stehen Reichseinnahmen von etwa 120 Milliarden Papiermark gegenüber. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, den Banknotenumlauf und die schwebende Schuld nicht zu vergrößern, sondern die Ausgaben durch Einnahmen zu decken. Die Steuerbelastung ist aber in Deutschland und nicht, wie fälschlich behauptet wird, in Frankreich, am größten. Die Regierung Wirth, die deutsche Bourgeoisie, die Koalitionssozialisten werden gewiß bereit sein, die Lasten der Arbeiterschaft zu erhöhen und zu versuchen, den Fehlbetrag aus der Arbeiterschaft herauszuschinden. Aber bei allem Willen gibt es eine Grenze der Belastungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220722-11/fragment/page=0009